Hamburg, 11. Oktober 1919 — Nr. 41 • 31. Jahrgang

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)
und
Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends. Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50. Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen: Für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 80 ₰, für Versammlungsanzeigen 10 ₰ pro Zeile.

Unsere statistischen Feststellungen vom 27. September 1919.

687 Zahlstellen haben berichtet und einen Mitgliederbestand von 60 005 nachgewiesen. Arbeitslos waren 415 oder 0,69 pZt. und krank 644 oder 1,07 pZt. Wie es in den einzelnen Provinzen und Bundesstaaten steht, zeigt nachstehende Tabelle:

Provinzen oder Bundesstaaten	Anzahl der an den Feststellungen beteiligten		Von den Mitgliedern (Spalte 3) sind	
	Zahlstellen	Mitglieder	arbeitslos	krank
1	2	3	4	5
Ostpreußen	20	1745	2	12
Westpreußen	10	654	12	6
Brandenburg	76	6923	40	86
Pommern	37	1898	1	27
Posen	6	320	15	5
Schlesien	59	5515	25	54
Sachsen	53	4666	7	40
Schleswig-Holstein	44	2464	34	29
Hannover	51	2855	2	18
Westfalen	17	1383	—	11
Hessen-Nassau	12	2148	1	14
Rheinland	16	2181	2	37
Preußen	401	32752	141	339
Bayern	54	4887	17	65
„ (Rheinpfalz)	2	95	2	1
Sachsen	58	7443	110	14
Württemberg	24	2212	1	18
Baden	11	1261	—	22
Hessen	3	295	—	4
Mecklenburg-Schwerin	43	1420	1	22
Sachsen-Weimar	9	996	1	13
Mecklenburg-Strelitz	9	276	25	6
Oldenburg	7	516	8	6
Braunschweig	8	528	—	6
Sachsen-Meiningen	9	569	—	11
„ -Altenburg	7	591	3	10
„ -Coburg-Gotha	6	688	6	21
Anhalt	10	582	—	12
Schwarzburg-Sondershausen	3	220	—	5
„ -Rudolstadt	5	179	—	3
Waldeck	2	26	—	—
Reuß ä. L. (Greiz)	2	131	—	—
„ j. L. (Gera)	4	431	—	10
Schaumburg-Lippe	3	78	—	2
Lippe-Detmold	2	53	—	2
Lübeck	1	340	—	7
Bremen	1	775	37	13
Hamburg	3	2661	63	32
Elsaß-Lothringen	—	—	—	—
Deutsches Reich	687	60005	415	644

Nicht oder zu spät berichtet haben folgende Zahlstellen. Die zu spät berichtet haben, sind durch einen Stern (*) kenntlich gemacht:

Ostpreußen: Angerburg, Bartenstein, Goldap, Insterburg, Maldeuten, Mohrungen, Osterode, Pillkallen, Soldau, Stallupönen.

Westpreußen: Danzig, Deutsch-Eylau, Graudenz, Hammerstein, Konitz, Rehhof.

Brandenburg: Angermünde, Beelitz, Bernsee, Buckow, Caminchen, Cüstrin, Dahme, *Großneuendorf, Hennigsdorf, Lippehne, *Luckenwalde, Neuruppin, Nowawes, Perleberg, Prenzlau, Rathenow, Reetz, Soldin, Sommerfeld, Spremberg, Schwiebus, Strasburg i. d. Uckermark, Treuenbrietzen, Triebel, Vietz, Zielenzig.

Pommern: Anklam, Bahn, Bütow, Daber, Fiddichow, *Gartz a. d. O., Garz a. Rügen, Greifenberg, Greifenhagen, Gützkow, Kolberg, Lassan, Lauenburg, Löcknitz, Lübs, Pasewalk, *Regenwalde, *Richtenberg, Saßnitz, Ueckermünde, Wolgast, Wollin, Zinnowitz.

Posen: Grünberg, Hohensalza, Kolmar, Posen, Rothenburg a. d. Obra, Samter, Wreschen.

Schlesien: Bunzlau, *Friedland, Glatz, *Guhrau, Kattowitz, *Königshütte, Löwenberg, *Namslau, Niesky, Oels, Reichenbach, Sachwitz, Seidenberg.

Provinz Sachsen: Annaburg, *Aschersleben, Bad Sachsa, Barby, *Belgern, Calbe, Colbitz, *Egeln, Eisleben, Elsterwerda, *Gardelegen, Hettstedt, Lützen, Mückenberg, Mühlberg, Ortrand, Quedlinburg, Seehausen (Wanzleben), Schönebeck, Torgau, Wanzleben, *Zeitz.

Schleswig-Holstein: *Barmstedt, *Bramstedt, *Brunsbüttel, Eckernförde, *Marne, *Meldorf, *Oldesloe, *Tönning, *Wankendorf.

Hannover: Bramsche, *Celle, Diepholz, Drochtersen, Fallersleben, Gifhorn, Gronau, Hann.-Münden, *Lamspringe, *Leer, Lehe-Geestemünde, Mellendorf, Munster, Neuhaus a. d. E., Sulingen, Uelzen, Uslar.

Westfalen: Bochum, Gütersloh, *Hattingen, Rheine.

Hessen-Nassau: Bad Orb, Floh, *Frieda, Hersfeld, Röhrda, Wiesbaden.

Rheinland: Duisburg, Essen, Neuß, Wetzlar.

Bayern: Amberg, Burghausen a. d. Salzach, Dießen, Ingolstadt, Landshut, Moosburg, Mühldorf, Neuburg an der Donau, Partenkirchen, Pfaffenhofen, Schweinfurt, Wasserburg.

Rheinpfalz: Frankenthal, Landau, Ludwigshafen.

Sachsen: Aue, *Dresden, *Klingenthal, Neugersdorf, Riesa, *Schwarzenberg, *Werdau, Zwönitz.

Baden: Freiburg, *Lörrach, *Philippsburg.

Hessen: Bensheim, *Lauterbach, Mainz, Worms.

Mecklenburg-Schwerin: Dömitz, Güstrow, *Hagenow, Klütz, Laage, Marlow, Neukalen, *Schwaan, *Zarrentin.

Sachsen-Weimar: *Ilmenau, Weida.

Oldenburg: Berne, *Schwartau, Stockelsdorf, Timmendorferstrand, *Varel.

Braunschweig: Bad Harzburg, Eschershausen, Langelsheim, *Seesen, Schöningen.

Sachsen-Meiningen: Camburg, Sonneberg.

Sachsen-Altenburg: Meuselwitz.

Anhalt: *Jeßnitz.

Schwarzb.-Rudolstadt: Meuselbach, Schwarzburg.

Hamburg: *Cuxhaven.

*

Das Ergebnis für den 30. August 1919 stellt sich, nachdem noch eine Anzahl Zahlstellen verspätet berichtet haben, wie folgt:

In 801 Zahlstellen mit zusammen 70 888 Mitgliedern waren 750 arbeitslos und 863 krank.

Der nächste Feststellungstermin ist Sonnabend, 25. Oktober.

Zur Sozialisierungsfrage.

I.

Auf der Tagesordnung des zehnten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands stand auch „die Sozialisierung der Industrie". Das Referat erstattete P. Umbreit, Redakteur des „Correspondenzblattes". Als Korreferenten wurden vom Kongreß Hilferding-Berlin (früher Redakteur des „Vorwärts"; Verfasser des Buches „Finanzkapital") und Hecker-Chemnitz ernannt. Umbreit und Hilferding haben zur Sache gesprochen, Hecker nicht; er hat vorzeitig den Kongreß verlassen. Die Vorträge von Umbreit und Hilferding liegen nun in Sonderdruck vor, der vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund herausgegeben ist. Streitpunkte haben sich aus den Vorträgen nicht ergeben, so daß der Kongreß auf eine Diskussion verzichtete. Um die interessanten Ausführungen unsern Kameraden näherzubringen, werden wir längere Auszüge hier folgen lassen.

Nachdem Umbreit in seiner Einleitung darauf verwiesen, daß unsere großen Vorkämpfer uns die Sozialisierung als ein heiliges Vermächtnis hinterlassen, die Arbeiterklasse jahrzehntelang ihre Hoffnung auf die Zeit gesetzt, da die Stunde des kapitalistischen Systems, die Befreiungsstunde des Proletariats schlägt, und der 9. November 1918 nun die Revolution gebracht habe, wirft er die Frage auf:

Wie haben wir uns die Sozialisierung stets vorgestellt?

Und er beantwortet sie: Wir haben eine Anhäufung alles gesellschaftlichen Reichtums in Händen der Kapitalisten erwartet, eine Sprengung der kapitalistischen Form durch die Fülle der Produktionskräfte, durch Ueberfluß an Kapital, Maschinen und Waren bei den Besitzenden und durch Mangel an Kaufkraft bei den Massen, die schließlich durch eine Empörung gegen die Kapitalsherrschaft Besitz nehmen von den Produktionsmitteln, von der gewaltigen Fülle des gesellschaftlichen Reichtums, und die Gesellschaft zum wahren Eigentümer desselben machen. Aus einer Welt kapitalistischen Ueberflusses und proletarischer Entbehrungen wollten wir eine neue Welt des allgemeinen Wohlstandes schaffen, der durch die Arbeit aller sich von Jahr zu Jahr erhöht und damit immer breitere Kulturmöglichkeiten in Aussicht stellt. Wir sind leider damit zu spät gekommen. Der Weltkrieg ist wie eine Feuersbrunst über Europa hinweggerast und hat uns nichts zurückgelassen als rauchende Trümmerhaufen. Unsere Volkswirtschaft ist aufs schwerste zerrüttet, die Fabriken desorganisiert und demontiert, ihre Arbeiterstämme gelichtet und in alle Windrichtungen verstreut, die Rohstoffe aufgebraucht, die Maschinen und Transportmittel abgenutzt und nicht erneuert, unsere Valuta entwertet und unser Kredit erschöpft, unser Kapital ausgepumpt und unsere Bevölkerung durch Hunger und Krankheit zermürbt, in ihrem seelischen Gleichgewicht gestört. Wucher, Betrug und brutale Habsucht zehren am Mark des Volkes, und die Staatsgewalt ist außerstande, diesem Zersetzungsprozeß zu steuern. . . . Wir wären arm aus diesem Kriege hervorgegangen, wenn wir auch nicht unterlegen wären, wenn es weder Sieger noch Besiegte gegeben hätte. Aber wir haben diesen Krieg verloren und müssen nunmehr zu unserer Verarmung noch die Lasten des Besiegten tragen. Diese Lasten sind so furchtbar, daß man an der Möglichkeit ihrer Abtragung verzweifeln muß, daß der Gedanke an einen Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens wie ein Phantom verschwindet und uns nur die brutale Gewißheit eines mühseligen, fluchbeladenen Sklavenlebens in der Schuldknechtschaft unserer Feinde zurückläßt.

Wie anders sieht es in Deutschland aus nach dem Ententefrieden, als wir es uns früher am Tage nach der siegreichen Revolution vorgestellt hatten!

Man hat uns Elsaß-Lothringen und das Saarrevier, Westpreußen mit Danzig sowie Posen und wertvolle Gebiete von Oberschlesien weggenommen und hält das linke Rheinufer auf 15 Jahre hinaus besetzt. In diesen Gebieten liegen wertvolle Schätze an Kohle, Erzen und Kalisalzen, auf die unsere Volkswirtschaft angewiesen war, weitausgedehnte Ackerböden, die einen großen Teil unserer Lebensmittel lieferten. Man nahm uns einen Teil unserer Handelsflotte, unseres Lokomotiven- und Automobilbestandes, dessen wir für die Wiederherstellung unserer Friedenswirtschaft bedurften. Man teilte sich in unsere ohnehin unzureichende Zahl von Milchkühen, und überantwortet unsere Kinder dem Hunger. Und zu alledem legt man uns unermeßliche finanzielle Verpflichtungen auf, so gewaltige, daß die Feinde selbst nicht Zeit und Muße fanden, diese Summen zu berechnen, sondern sich dieses Exempel für eine spätere Zukunft aufbewahrt haben. So ungeheuerlich war der Eindruck dieser Friedensbedingungen, daß selbst unter unsern Feinden diejenigen, die sich die klare Einsicht noch nicht durch Rachegefühle umnebeln ließen, die Unmöglichkeit ihrer Erfüllung zugeben mußten. Es war ein Vernichtungsfrieden für Deutschland, der uns ausschließen sollte aus der Reihe der selbständigen Staaten und Völker. Man hätte uns vielleicht alles genommen, wenn ein 60-Millionenvolk sich auslöschen lassen könnte von der Landkarte. Aber weil es für die Entente kostspieliger und gefährlicher war, uns das Schicksal Indiens, Irlands und Aegyptens zu bereiten, so hat man uns ein Weniges gelassen mit der Verpflichtung, aus diesem Wenigen mit Hilfe unserer Arbeit die Kriegskosten abzutragen, eine Fronknechtschaft, wie sie kein Friedensschluß je einem Volke auferlegt hat. Und in diesem Zustand sollen wir sozialisieren? Sollen wir durch die Einführung des Sozialismus, der das Ende jeder Kapitalsherrschaft und Lohnsklaverei bedeuten sollte, unsern Feinden, dem als „Völkerbund" organisierten kapitalistischen Gegentrust, die Verzinsung und Tilgung der Kriegskosten garantieren, damit er den Sozialismus desto wirksamer bekämpfen kann? Und als ob es nicht genug wäre des Unglücks und Elends, das sich auf das deutsche Volk gehäuft hat, kommt noch ein drittes hinzu. Wir sind nicht nur verarmt und in fremde Schuldknechtschaft geraten, sondern wir sind auch irre geworden an unserer Kraft, an unserm Glauben an die sieghafte Macht des Sozialismus. Die Arbeiterklasse ist in ihrem Innersten zerspalten in Gruppen, die sich wütender bekämpfen als ihre gemeinsamen, natürlichen Gegner, die Bourgeoisie. . . . Kleine Gruppen und Grüppchen glauben, durch Diktatur und Gewalt den Sozialismus beschleunigen, dekretieren zu können und versuchen, die wissenschaftliche Einsicht in die Produktionsbedingungen durch Maschinengewehre und Handgranaten zu ersetzen. Sie fördern damit nicht die Organisation der Volkswirtschaft auf höherer, gesellschaftlicher Stufenleiter, sondern die Produktionsanarchie, die den ganzen Wirtschaftsapparat lahmlegt. Unterstützt wird dieses heillose Gebaren durch eine wahre Massenstreikepidemie, die auch das Wenige, das der Krieg noch von unserm Wirtschaftsleben übrig gelassen hat, zerstört und die Proletarisierung Deutschlands verallgemeinert. Es war kein Geringerer als Kautsky, der geistige Führer der Unabhängigen, der gegen diese Art Sozialismus das harte Urteil fällte, daß es hieße, Deutschland in ein Tollhaus verwandeln. Es hieße anstatt der Produktion den wirtschaftlichen Verfall, anstatt des Wohlstandes die Armut, das Elend, den Hunger und anstatt des geistigen und technischen Fortschritts die Verzweiflung sozialisieren. Deutschland würde eine Insel, nicht aber der Seligen, sondern der Verelendeten, ein Herd des Pauperismus, umgeben von kapitalistischen Raubstaaten, die aus

seinem Fell neue Nahrung saugen, um ihren Fortbestand zu sichern, die seine Intelligenzen, seine besten Arbeitskräfte an sich ziehen und den Rest durch den Auswurf seiner Kapitalisten ausbeuten lassen. Oder glaubt man, die vorwärtsstrebenden Kräfte der Arbeiterklasse auf die Dauer an ein solches Elend doppelter Ausbeutung, durch fremde Kapitalistenstaaten und durch das Kapital im eigenen Lande, ketten zu können? Die Auswanderung würde auf einen nie gekannten Umfang anwachsen, sie würde allen Auswanderungsverboten trotzen, und was zurückbliebe in Deutschland, das würde auf Generationen hinaus unfähig sein, unsere Volkswirtschaft wieder wettbewerbsfähig zu machen. Eine solche Zukunft würde auch das Ende der Sozialreform bedeuten, denn nur eine aufwärtsstrebende Volkswirtschaft vermag die Lasten des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung zu tragen. Unsere bestehenden Arbeiterversicherungseinrichtungen würden entwertet und unterhöhlt, um schließlich zusammenzubrechen und ein Nichts zu hinterlassen. Reich, Staat und Gemeinden würden selbst zu arm sein, um dafür Ersatz zu bieten, denn was der Saugapparat der Feinde nicht aus dem Gemeinwesen herauspumpt, das zehren Erwerbslosigkeit und Bürgerkrieg vollends auf. . . . Der Sozialismus kann auf solchem Boden nicht gedeihen. Der entwickelt sich nur in den Werkstätten der Arbeit, des Fleißes und des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts. Wo der Schornstein raucht, wo Betrieb an Betrieb sich reiht und Millionen zu gemeinsamem Schaffen sich die Hände reichen, wo die Bodenerzeugnisse der Welt zusammenströmen und die Erzeugnisse der Menschheit in alle Weltteile hinausgehen, dort ist das Geburtsland des Sozialismus, denn nur in friedlicher, fruchtbringender Arbeit wird der Sozialismus geboren.

Was aber soll aus Deutschland werden, wenn die sozialistische Entwicklung an seiner Tür vorübergeht?

Was soll aus unserer Arbeiterschaft werden, wenn sie um ihre einzige Hoffnung betrogen wird? Wird sie es ertragen, ausgeschaltet zu sein vom Fortschritt der Menschheit, ausgeschlossen von den Segnungen einer höheren Kultur, für deren Vorbereitung sie seit Menschenaltern bahnberchend gewirkt hat? Wird sie es erdulden, zum Kulturdünger anderer Nationen verurteilt zu sein, namenlos unterzugehen im Getriebe der Völker, Kärrnerarbeit zu leisten, während andere die Früchte des Sieges pflücken? Wird sie willig ihre reichen Erdschätze fremden Kapitalisten zur Ausbeutung überlassen? Wird sie ihrem schönen Vaterlande den Rücken kehren und diesen Rücken unter das Joch fremder Fronvögte beugen? Wird sie ihr Leben in den Kohlenwerken Englands, in den Erzminen Amerikas oder in den Slums von Ostende, Manchester und Glasgow, in den Proletarierhöhlen von New York, Chicago und Pittsburg beschließen wollen, weil die Kraft versagt, durch friedliche Arbeit wiederzuerlangen, was durch Waffengewalt verloren ging? Wird sie fortfahren, sich selbst zu zerfleischen und ihr eignes Land zu zerstören, anstatt gemeinsam neu aufzubauen und die Wunden des Krieges zu heilen? Auf diese Fragen kann es nur eine Antwort geben: Deutschland muß sozialisieren, ehe es zu spät ist, denn der Sozialismus ist die einzig mögliche Rettung aus dem gegenwärtigen Zustand, in den uns der Imperialismus der Kapitalisten aller Länder hineingeführt hat. Die Gemeinwirtschaft ist der einzige Weg der Rückkehr zu geordneter, organisierter Arbeit. Sie schützt uns ebenso vor kapitalistischer Sabotage wie vor unverständiger proletarischer Aufteilung des Arbeitsertrages. Gemeinwirtschaft ist das einzig mögliche Mittel zum Wiederaufbau und zur Hebung der Volkswirtschaft. Sie ist notwendig zur Beseitigung des arbeitslosen Wuchers, der sich an dem Lebensbedarf des Volkes in ungemessener Weise bereichert. Sie ist unentbehrlich zur Beseitigung der Massenarmut, die die wertvollsten Teile unseres Volkes, die wirtschaftlich tätigen Arbeiter und Angestellten, zu verschlingen droht. Der Sozialismus allein kann die furchtbaren Folgen dieses Weltkrieges überwinden, er allein kann die zerstörten Gemeinwesen wieder aufbauen, die verwüsteten Fluren in fruchtbaren Boden zurückverwandeln, die versenkten Schiffe ersetzen und die abgeschnittenen Beziehungen zwischen den Völkern der Erde wiederherstellen. Im Zeichen des Sozialismus wird Deutschland neu gesunden, und der Führer in dieser Entwicklung muß die deutsche Arbeiterschaft sein. Sie, die dem Lande die Demokratie, die politische Gleichheit und Selbstverwaltung des Volkes gegeben hat, sie muß ihm auch den Sozialismus, die wirtschaftliche Selbstverwaltung des Volkes bringen. Aber

kann Deutschland allein sozialisieren, umgeben von Kapitalistenstaaten, die den Sozialismus zu vernichten, ihn durch die Versailler Friedensbedingungen zu erwürgen suchen?

Kann es in der gegenwärtigen Lage sozialisieren, als Schuldner fremder Mächte, auf Jahrzehnte hinaus mit enormen Abgaben belastet, und nicht einmal freier Herr aller seiner Wirtschaftsquellen? Es wird niemals können, wenn es zaghaft Fragen stellt und vor dem Neuen zurückschreckt, wenn es erst den Erfolg sehen will, ehe es Hand ans Werk legt. Es wird ratlos am Scheidewege stehen bleiben, dessen Wegweiser zerstört ist, wenn es sich nicht das Herz faßt, den Weg selbst zu bahnen. Nicht das Können, nicht schwächliches Fragen, sondern das Muß, der kategorische Imperativ einer historischen Pflicht ist entscheidend. Wir müssen sozialisieren, ob wir wollen oder nicht. Dazu zwingt uns die Zerrüttung unserer Volkswirtschaft, die nicht ohne staatliche Hilfe wieder in die Höhe kommen kann. Es wäre Torheit, diese Staatshilfe lediglich aufzuwenden, um der alten kapitalistischen Privatwirtschaft wieder auf die Beine zu helfen. Die Volkswirtschaft, die aus dem Weltkriege, aus Deutschlands Sturm und Not hervorgeht, die mit unsern Steuern und Spargroschen wieder aufgebaut wird, muß anders aussehen, als die Wirtschaft des wilhelminischen Zeitalters. Die Volkswirtschaft kann und darf keine Privatangelegenheit einer kleinen Kaste von Großunternehmern sein, sondern sie ist eine Angelegenheit des ganzen Volkes und muß sich den Gesamtinteressen desselben anpassen. Wir müssen sozialisieren; dazu zwingt uns die Sabotage und industrielle Risikoschen des Unternehmertums und die Kapitalflucht der Besitzenden, die ihre Kriegsgewinne jenseits der Reichsgrenzen in Sicherheit bringen, um ihr Vaterland seinem von ihnen selbst heraufbeschworenen Schicksal zu überlassen. Blühende Unternehmungen werden auf diese Weise stillgelegt und Hunderttausenden von Arbeitern die Arbeitsgelegenheit entzogen. Sollen wir dauernd Woche für Woche 20 bis 30 Millionen Mark für Erwerbslosenhilfe an eine Million Arbeitsloser zahlen, während mit derselben Milliarde Jahresausgabe eine Industrie dem Gemeinwesen dienstbar gemacht und hunderttausend Arbeitern Beschäftigung geboten wird, sowie neue Milliarden für die weitere Ausdehnung der Gemeinwirtschaft erarbeitet werden können? Wir müssen sozialisieren — dazu zwingt uns auch das unzweideutige Verlangen der Arbeitermassen, die nichts mehr von weisen Ermahnungen und klugen Beschwichtigungen, von vorsichtigen Berechnungen und verantwortungsvollen Erwägungen wissen wollen, sondern ein entschlossenes und festes Zugreifen verlangen. Sie wollen den Ernst der Tat, den Anfang der praktischen Sozialisierung sehen, und die klügsten Redner werden ihnen den Willen zum Sozialismus nicht mehr ausreden. Die Unrast, die Arbeitsunlust, die Auflehnung gegen den Arbeitsvertrag wird nicht eher schwinden, als bis das Steuer des jungen Volksstaates auf den Sozialismus eingestellt und die Privatwirtschaft in Liquidation versetzt wird. Wir müssen sozialisieren — dazu zwingen uns nicht zuletzt die Friedensbedingungen. Denn wie soll unser Gemeinwesen die übernommenen Verpflichtungen erfüllen, wenn es die Erdschätze und Reichtumsquellen der Nation in die Hände privater Kapitalisten gibt, anstatt sie selbst zu übernehmen? Wie soll unser Volk jemals hoffen, durch seiner Hände Arbeit diese Lasten abzutragen, wenn sich auch noch Privatkapitalisten an dieser Arbeit bereichern? Wir müssen sozialisieren, wenn wir künftig als deutsches Volk auf eigenen Füßen stehen, anstatt zu einer Ausbeutungskolonie fremder Kapitalistengruppen herabsinken wollen. Deutschland ist nach diesem Kriege ein kapitalarmes Land geworden. Es wird zwar an fremdem Kapitalzufluß nicht fehlen, dazu reizt der Besitz unserer Bodenschätze, das Vorhandensein einer hochstehenden Arbeiterschaft und unsere niedrige Valuta, die unsere Werte auf einen Bruchteil gegenüber ausländischen Werten herabgedrückt hat. Soll verhindert werden, daß sich ausländisches Kapital in den Besitz unserer wichtigsten Industrien, Handels- und Bankunternehmungen setzt und diese beherrscht, soll die Entnationalisierung unseres Produktionsapparates verhütet werden, so hilft nur ein staatliches Zugreifen im Sinne der Gemeinwirtschaft. Das internationale Kapital oder das deutsche Volk, das ist die Frage, über die wir zu entscheiden haben! — Freilich können wir keinen allein deutschen Sozialismus etablieren, während die übrige Welt kapitalistisch bleibt. Wir bilden keine Insel in der Weltwirtschaft, die sich selbst genügen könnte, sondern hängen mit unserm Lebensmittel- und Rohstoffbedarf in hohem Maße vom Weltmarkt ab. Was wir an Rohstoffen und Nahrung brauchen, müssen wir mit deutscher Ausfuhr bezahlen und können uns glücklich schätzen, wenn wir unsern Bedarf nicht teurer als andere Nationen einkaufen müssen und wenn wir unsere Erzeugnisse mindestens ebenso gut als unsere Konkurrenten bezahlt bekommen. Wir können nicht das Ideal einer selbstgenügenden Wirtschaft aufrichten, die nur heimische Rohstoffe verarbeitet, nur heimische Lebensmittel verzehrt, auf alles Fremde verzichtet und nur für den eigenen Bedarf produziert, denn unser Boden ist nicht imstande, ein Sechzigmillionenvolk ausreichend zu versorgen, und unser Volk kann seine Bedürfnisse nicht auf den Stand derjenigen eines litauischen oder serbischen Landbewohners zurückschrauben, ohne sich aus der Kulturentwicklung der Menschheit auszuschalten. Man braucht dabei den Kulturbegriff keineswegs zu überschätzen oder nach überflüssigen Kulturerrungenschaften, wie Sprechmaschinen und dergleichen, zu bemessen, und wird doch zu dem Ergebnis gelangen, daß die deutsche Volkswirtschaft durch eine freiwillige oder erzwungene Isolierung von der Weltwirtschaft in ganz immenser Weise geschädigt und vom Wettbewerb der Völker ausgeschlossen wird. Die Arbeiterschaft könnte sich einer solchen Umsteuerung unserer Wirtschaft nicht stillschweigend fügen, sondern sie würde dem Zuge der Industrie folgen und auswandern, anstatt in der Heimat ihre erworbenen Fähigkeiten verkümmern zu lassen. Aber so wenig Rom an einem einzigen Tage erbaut worden ist, so wenig kann die Gesamtwirtschaft eines ganzen Landes auf einmal von der Privatwirtschaft in die Gemeinwirtschaft überführt werden. Es wird eine Reihe von Erwerbszweigen geben, die so sehr von der Weltwirtschaft abhängig sind, daß sie nur im Wege internationalen Vorgehens sozialisiert werden können. Anderseits gibt es Wirtschaftszweige, die lediglich nationalen oder lokalen Bedürfnissen dienen, und deren Sozialisierung die Weltwirtschaft und deren Stellung zu uns gar nicht oder sehr wenig berührt. Es kann also sehr vieles sozialisiert werden, ohne deshalb vom Ausland, das uns Lebensmittel und Rohstoffe liefern soll, abgeschnitten zu werden. Wir sind sogar in der glücklichen Lage, eine Reihe von Dingen zu erzeugen, die auch das Ausland von uns dringend braucht oder wenigstens bevorzugt. Wir können uns daher in diesen Dingen und auch in manchen andern eine gewisse Unabhängigkeit oder vielmehr Selbständigkeit gegenüber dem Ausland gestatten. Und das muß auch das Ziel der nationalen Wirtschaft sein, der wir zusteuern wollen: können wir uns auch nicht vom Ausland in jeder Beziehung unabhängig machen, so wollen wir doch selbständig über unsere Wirtschaft verfügen können. Haben wir den Krieg verloren und einen Frieden angenommen, der uns große Lasten auferlegt, so müssen wir unsere Verpflichtungen nach bester Möglichkeit zu erfüllen suchen. Aber unsern Wirtschaftsapparat wollen wir selbst in der Hand behalten und die Bedingungen, unter denen wir erzeugen und verkaufen, möglichst selbst bestimmen. Und wie der Sozialismus nicht an einem Tage eingeführt werden kann, so wird auch über den Friedensvertrag die Zeit hinweggehen. . . . Der Sozialismus ist keine Angelegenheit der deutschen Arbeiterschaft allein, sondern er ist das große Ziel der internationalen Arbeiterbewegung, an dem die Arbeiterschaft eines jeden Landes ein vitalstes Interesse hat. Das gilt vor allem für die Arbeiterschaft der ökonomisch fortgeschrittenen Länder, wie Englands, Frankreichs und Amerikas, deren Regierungen die Hauptträger des Ententefriedens sind. Je eindringlicher den Arbeitern dieser Länder zum Bewußtsein gebracht wird, daß der Friede sich nicht gegen das imperialistische Deutschland der Dynastien, Junker und Kapitalisten, sondern gegen das sozialistische Deutschland der Arbeiter richtet, daß der Sozialismus totgeschlagen werden soll, um so eher ist zu erhoffen, daß die Arbeiter aller Länder sich gegen dieses Friedensmachwerk erheben und eine neue Internationale als wahren Völkerbund aufrichten werden, dessen erste Tat die Herstellung eines gerechten Weltfriedens sein wird. Wir wollen also gar nicht in Deutschland allein sozialisieren, unbekümmert um alle übrige Welt, sondern wir wollen die Arbeiter der ganzen Welt aufrufen, uns zu gemeinsamem Werk die Hände zu reichen und die von den Kapitalistenregierungen neu aufgetürmter Schranken zu beseitigen. Wir wollen freilich dabei nicht in den Fehler der russischen Bolschewisten verfallen, die den andern Völkern die Weltrevolution mit Feuer und Schwert aufzwingen und das westliche Europa am Rhein durch einen neuen verheerenden Weltkrieg angreifen wollen. Die Welt hat genug Mord und Brand gesehen, und der Bürgerkrieg ist um nichts unblutiger und besser als der Staatenkrieg. . . . Wir haben das Vertrauen zur Arbeiterschaft Westeuropas, daß sie ihre Revolutionen ohne bolschewistische und deutsche Hilfe zu ihrer Zeit ebenso prompt machen wird, wie wir die unsrige ohne Trotzki und Lenin gemacht haben, und wir hoffen, daß der Sozialismus ohne Waffenhilfe seinen Triumphzug durch die Welt antreten wird.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Der neue Posttarif.

Am 1. Oktober ist eine Erhöhung der Postgebühren eingetreten. Es kosten jetzt:

Fernbriefe bis 20 g	20 ₰
„ über 20 bis 250 g	30 „
(Eilbriefe kosten außer dem gewöhnlichen Porto 50 ₰ mehr.)	
Fernpostkarten	15 ₰
Drucksachen bis 50 g	5 „
„ über 50 bis 100 g	10 „
„ „ 100 „ 250 „	20 „
„ „ 250 „ 500 „	30 „
„ „ 500 „ 1000 „	40 „
Geschäftspapiere bis 250 g	20 „
„ über 250 bis 500 g	30 „
„ „ 500 „ 1000 „	40 „
Postanweisungen bis M. 5	20 „
„ über M. 5 bis M. 100	40 „
„ „ „ 100 „ „ 250	60 „
„ „ „ 250 „ „ 500	80 „
„ „ „ 500 „ „ 1000	100 „

Pakete (Meistgewicht 20 kg)

bis 5 kg	Nahzone M. —,75,	Fernzone M.	1,25
„ über 5 „ 10 „	„ „ 1,50,	„ „	2,50
„ „ 10 „ 15 „	„ „ 3,—,	„ „	5,—
„ „ 15 „ 20 „	„ „ 4,—,	„ „	6,—

Die Gebühr für gewöhnliche Telegramme im inländischen Verkehr beträgt für das Wort 10 ₰, mindestens M. 1.

Wir bitten dringend um Beachtung der neuen Gebührensätze. Für alle unrichtig freigemachten Sendungen erhebt die Post unnachsichtlich Strafporto. Die hierdurch verursachten Unkosten lassen sich nur vermeiden, wenn allen Sendungen das vorgeschriebene Porto aufgeklebt wird.

Der Zentralvorstand.

Kassengeschäftliches.

In der Zeit vom 1. bis 30. September gingen folgende Beträge beim Unterzeichneten für die Zentralkasse ein: Aus **Ahrensburg** M. 200, **Allstedt** 600, **Angerburg** 396,80, **Bad Wildungen** 10, **Beeskow** 202,60, **Bergen a. R.** 124, **Berlinchen** 221,45, **Bernsee** 276,10, **Beuthen a. d. O.** 535,90, **Bielefeld** 600, **Bleckede** 438,55, **Bockenem** 119,65, **Borne** 1293,20, **Bramsche** 5, **Brandenburg** 700, **Braunschweig** 500, **Bremervörde** 3,65, **Brunshaupten** 127, **Burg a. Fehm.** 257,15, **Bürgel** 8, **Burgstädt** 300, **Bützow** 70, **Cassel** 240,60, **Chemnitz** 6000, **Cöthen** 5, **Crossen** 500, **Culm** 204,75, **Canth** 17, **Dahlen** 481,30, **Danzig** 1, **Darkehnen** 160, **Darmstadt** 550, **Deggendorf** 277,90, **Delitzsch** 300, **Delmenhorst** 1200,25, **Deutsch-Krone** 247,10, **Dießen** 166,40, **Düsseldorf** 5580,40, **Eckernförde** 226,60, **Elmshorn** 750, **Fiddichow** 70, **Flottbek** 300, **Frankenhausen** 150, **Freienwalde** 100, **Fürstenwalde** 17,70, **Gedern** 12, **Geesthacht** 300, **Gera** 1000, **Gießen** 251,60, **Greifenhagen** 48,40, **Grimmen** 103,10, **Groitzsch-Pegau** 450, **Gerdauen** 18, **Halle** 1300, **Hamburg** 8709, **Hannover** 2000, **Helgoland** 525,95, **Hermsdorf** 120, **Hirschberg i. Schl.** 1200, **Hohensalza** 200, **Hörnerkirchen** 60, **Hoyerswerda** 300, **Jarmen** 357,45, **Jena** 700, **Jeßnitz** 9,10, **Kattowitz** 3500, **Kirchhein i. d. N.-L.** 743,15, **Kitzingen** 391,60, **Kolberg** 300, **Königsberg i. d. N.-M.** 316,40, **Königsberg i. Pr.** 4711,50, **Königslutter** 334,40, **Köslin** 300, **Kotzenau** 202,55, **Kronach** 216,05, **Lähn** 3,50, **Landau a. d. Isar** 99,20, **Landau i. d. Pfalz** 123,80, **Landsberg a. d. W.** 250, **Langensalza** 200, **Lichtenfels** 138,50, **Liebenwalde** 159,05, **Liebenwerda** 128,80, **Lobenstein** —,25, **Löcknitz** 800, **Lübeck** 2000, **Lüben** 370,15, **Lüchow** 200, **Lucka** 222,30, **Magdeburg** 3000, **Meyenburg** 40,60, **Möckern** 114, **Moosburg** 96,75, **Mühlberg** 246,45, **Nagold** 98,30, **Naugard** 144,80, **Nerchau-Trebsen** 228,70, **Neubrandenburg** 358,40, **Neumünster** 500, **Neusalz** 250, **Neuwedel** 109,75, **Niesky** 1443,45, **Norderney** 350,30, **Nördlingen** 178,35, **Nörenberg** 72, **Nürnberg** 5000, **Ohlau** 400, **Obernhau** 357,05, **Oldenburg** 800, **Oppeln** 800, **Oranienburg** 847,15, **Parchwitz** 183,50, **Pinneberg** 300, **Plön** 76,05, **Pößneck** 34,80, **Potsdam** 1200, **Prenzlau** 745,60, **Pirmasens** 14, **Regenwalde** 768,80, **Regis** 239,20, **Reichenbach i. V.** 400, **Reppen** 206,85, **Rheine** 97,35, **Röbel** 262,65, **Ronneburg** 200, **Rostock** 1000, **Rothenburg o. d. T.** 120,30, **Seelow i. d. M.** 6, **Selb** 233,40, **Semd** 276,85, **Senftenberg** 1000, **Siegen** 841,20, **Sülze** 177,40, **Schippenbeil** 271,90, **Schivelbein** 448, **Schleswig** 4,50, **Schönau** 25, **Schopfheim** 172,70, **Schwerin** 560, **Schneverdingen** 15, **Stargard i. M.** 416,40, **Stepenitz** 1121, **Straubing** 100, **Strausberg** 285,85, **Tangermünde** 444,40, **Templin** 300,60, **Tessin** 355,85, **Tilsit** 1,25, **Tondern** 287,55, **Torgau** 8,85, **Tönning** 356, **Tuttlingen** 111,80, **Ueckermünde** 107, **Verden** 511,05, **Vietz** 110,25, **Villingen** 321,05, **Waldenburg i. Schl.** 1500, **Waldshut** 128,40, **Waren** 313,05, **Warnemünde** 1203,30, **Weilburg a. d. L.** 6, **Weißenburg** 189,40,

Wilhelmshaven 1500, Wiersbinnen 234,10, Woldenberg 44,20, Worms 200, Würzburg 1300, Wusterhausen 200, Zäckerick 6, Züllichau 250. Einzahler der Hauptkasse 141,45, Diverses 32, Zinsen 2500.

An diversen der Hauptkasse in Rechnung gestellten Belegen gingen ein: Aus Ahrensböck M. 100, Arnswalde 98,40, Aschersleben 835,75, Chemnitz 324,06, Crefeld 547,40, Detmold 20, Emden 109,80, Frankenthal 244,60, Frankfurt a. M. 5804,90, Freudenstadt 357,20, Gera 4,70, Gommern 134,50, Greifenhagen 23,80, Groitzsch-Pegau 16,80, Großbreitenbach 35,10, Halle 16,60, Hamburg 4175,30, Hannover 1339,70, Hennigsdorf 64, Hundsfeld 327, Kolmar 300, Königsberg i. Pr. 160,40, Kranichfeld 131,40, Langensalza 39,32, Leipzig 1756,60, Lindau 32,80, Lübeck 79,20, Lüneburg 47,50, München 197,50, München-Gladbach 123,20, Nordhausen 227,90, Oldenburg 444,50, Roßleben 251,50, Rudolstadt 61,20, Sohland 462,20, Schmölln 34,20, Stollberg 239,70, Stralsund 900, Torgau 3,20, Wanne 124,60, Welzow 10,80.

An Quittungen über Arbeitslosenunterstützungen gingen ein: Aus Altenburg M. 1,25, Alt-Rahlstedt 84,50, Bergedorf 116,50, Berlin 605, Bremen 529,25, Bromberg 81,50, Chemnitz 87, Danzig 303, Delmenhorst 309,50, Flensburg 24, Flottbek 79, Frankfurt a. M. 233, Friedrichshagen 40,25, Geesthacht 12, Gräfenhainichen 5, Groß-Zimmern 52,50, Guben 25,50, Güsten 22,50, Hamburg 3510, Kattowitz 58,50, Kiel 20, Kolberg 52,50, Kulmbach 47,25, Landau 85,75, Lauenburg i. P. 19, Leipzig 295,50, Ludwigshafen 24, Mittweida 14, München 203,25, Neugersdorf 24,75, Neustadt a. d. Orla 6, Ohlau 31,50, Plauen i. V. 25,50, Posen 658,25, Regensburg 27, Reichenbach i. V. 45, Wiesbaden 92, Zwenkau 96, Zwickau 36,75.

Arbeitslosenunterstützungen wurden im August nach den eingegangenen Quittungen ausgezahlt:

30 Tage	à 50 ₰	=	M.	15,—
69 „	à 75 „	=	„	51,75
599 „	à 100 „	=	„	599,—
331 „	à 125 „	=	„	413,75
320 „	à 150 „	=	„	480,—
791 „	à 175 „	=	„	1384,25
2520 „	à 200 „	=	„	5040,—
4660 Tage		=	M.	7983,75

Adolf Römer, Kassierer.

Unsere Lohnbewegungen.

Haupttarifamt für das Baugewerbe.

Verzeichnis der in den Gruppensitzungen vom 29. und 30. September 1919 zustande gekommenen Einigungen über die Gewährung von Teuerungszulagen.

Nummer der Tagesordnung	Tarifgebiet oder Ort	Höhe der Teuerungszulage	Beginn der Zahlung	Bemerkungen
27/30 42 43 N. 1/5 N. 7	Westpreußen	15 ₰	19. 9.19	Der 19. Sept. als Beginn der Zahlung nur für das Hochbaugewerbe. Im Tiefbaugewerbe wurde über den Beginn der Zahlung eine Einigung nicht erzielt.
12	Wollin	15 ₰	4.10.19	
58	Nörten	5 %	15. 9.19	Lohn ab 28. August M. 1,37, ab 15. September M. 1,42.
63	Göttingen			
63	Clausthal-Zellerfeld	10 ₰	29. 9.19	Außerdem erhalten auswärtige Arbeiter täglich M. 1 Logisgeld.
83	Perleberg	Stundenlohn M. 2,16	29. 9. 19	
96	Reichenbach	30 ₰	29. 8.19	
97	Creutzburg	14 „	29. 9.19	
	Eisenach	14 „	29. 9.19	
	Gera	15 „	29. 9.19	
	Gotha	15 „	29. 9.19	
	Langensalza	10 „	29. 9.19	
	Schleusingen	15 „	29. 9.19	
	Sonneberg	10 „	29. 9.19	
	Klosterlausnitz	15. „	29. 9.19	
98	Cottbus	20 „	29. 9.19	
	Zossen	Stundenlohn M. 2,30	29. 9. 19	
99	Olbernhau	Stundenlohn Maurer und Zimmerer M. 1,95, Hilfsarbeiter M. 1,85;	29. 8. 19	
		Maurer und Zimmerer M. 2, Hilfsarbeiter M. 1,90	1. 10. 19	
Nachtrag 13	Neuwegersleben	—	—	Die Löhne für Maurer und Zimmerer sollen gleich sein.
94	Magdeburg:			
	Schöningen	Stundenlohn für Maurer u. Zimmerer M. 1,90	29. 9. 19	Hilfsarbeiter 10 ₰ weniger.
	Blankenburg	dgl. M. 1,80	29. 9.19	
	Eisleben	dgl. M. 1,80	29. 9.19	
	Schmiedeberg	10 ₰	29. 9.19	Bisheriger Lohnabstand zwischen gelernten Arbeitern u. Hilfsarbeitern bleibt bestehen.
132	Trier	40 ₰	29. 9.19	
Außerhalb	Bahnbau Dernau-Liblar-Holzheim	30 ₰ weitere 10 ₰	1.10.19 1.12.19	Auch für die Tunnelbauten an der Moselstrecke Treis-Bruttig.

Verzeichnis der in der Sitzung vom 1. bis 3. Oktober 1919 gefällten Entscheidungen des Haupttarifamts über die Gewährung von Teuerungszulagen.

Nummer der Tagesordnung	Tarifgebiet oder Ort	Höhe der Teuerungszulage	Beginn der Zahlung	Bemerkungen
27/30 42/43 N. 1/5 N. 7	Westpreußen	—	18. 9.19	Entscheidung bezieht sich nur auf den Beginn der Zahlung im Tiefbaugewerbe. Sonst geeinigt.
11	Neustettin	30 ₰	19. 9.19	
5	Ratibor	10 %	19. 9.19	
14	Rybnik	15 ₰	19. 9.19	
20	Oppeln	10 „	19. 9.19	
22	Striegau	20 „	19. 9.19	
41	Neust. i. O.-S.	10 %	19. 9.19	
	Grottkau	10 %	19. 9.19	Eine vor dem 1. Okt. 1919 erzielte Einigung geht dem Schiedsspruch vor.
7	Loitz	20 ₰	1. 9.19	
	Tribsees	20 „	1. 9.19	
	Demmin	20 „	1. 9.19	
6	Schneidemühl	25 „	19. 9.19	
98	Lübben	15 „	19. 9.19	
	Schwerin a. d. W.	15 „	19. 9.19	
59	Hameln	20 „	19. 9.19	
60	Osterode a. H.	10 „	19. 9.19	Außerdem den in der Umgebung wohnend. Arbeitnehmern eine Uebernachtungszulage von M. 1 für die Nacht.
66	Fallersleben	15 „	19. 9.19	
49	Mecklenburg:			
	Ortsklasse 1	40 „	19. 9.19	Für Hochbauarbeiter einschl. Zimmerer.
	„ 2	35 „	19. 9.19	
	„ 3	25 „	19. 9.19	
	„ 4	25 „	19. 9.19	
	Städt. Bezirke	25 „	19. 9.19	Für Tiefbauarbeiter.
	Ländl. Bezirke	20 „	19. 9.19	
50 52 67	Schleswig	30 „	19. 9.19	Hoch- und Tiefbau.
	Flensburg	—	—	Im Tiefbau sind dieselben Zulagen zu gewähr. wie i. Hochbau.
	Itzehoe	—	—	Eine erzielte Einigung im Tiefbaugewerbe bleibt bestehen. Liegt eine solche nicht vor, so sind die gleichen Zulagen wie b. Hochbau zu zahlen.
	Husum	—	—	
	Bredstedt	—	—	
80	Bautzen, Tiefbau	5 ₰ niedriger als i. Hochbau	19. 9. 19	
94	Weferlingen	17½ ₰	19. 9.19	
97	Coburg	20 „	19. 9.19	
	Schleiz	20 „	19. 9.19	
	Sonneberg	—	1.10.19	Höhe geeinigt.
112	Bayer. Pfalz	30 ₰	19. 9.19	
113	Südbayern	30 „	19. 9.19	
114	Lokalbahnstr. Kaufbeuren-Schongau	Stundenlohn M. 1,55	19. 9. 19	Tiefbau.
116	Dammbauten Höchstädt	15 ₰	19. 9.19	Tiefbau. Maschinisten 3. Klasse
117	Gersthofen-Lechmündg.	15 „	19. 9.19	„ 2. „
		20 „	19. 9.19	„ 1. „
130	Paderborn	25 „	19. 9.19	
121	Nordbayern:			
	Ortsklasse 1	30 ₰	19. 9.19	
	„ 2	25 „		
	„ 3	25 „		
	„ 4	20 „		
	„ 5	20 „		
	„ 6	15 „		
32	Königsberg Tiefbau	30 „	19. 9.19	
34	Ostpreußen Tiefbau	7½ %	19. 9.19	
15	Oberschlesien Tiefbau	—	1. 9.19	Die Löhne im Tiefbau sind in allen Orten Oberschl. höchstens um 10 ₰ niedriger zu halten als die der Bauhilfsarbeiter im Hochbau.
26		—	—	
31	Stettin Tiefb.	35 ₰ 5 „ mehr	16. 8.19 1.10.19	
122 123	Reutlingen	—	—	Gleiche Zulagen wie Tübingen.
119	Rheinprovinz Hoch- u. Tiefbaugewerbe:	Stundenlohn für Maurer u. Zimmerer		
129	Cöln	M. 2,85	19. 9.19	Ab 1. 12. 19 M. 3,—
	Bonn	„ 2,85	1.10.19	„ 1. 12. 19 „ 3,—
	Siegkreis (a)	„ 2,85	1.10.19	„ 1. 12. 19 „ 3,—
	„ (b)	„ 2,60	1.10.19	„ 1. 12. 19 „ 2,70
	Düren	„ 2,50	1.10.19	
	Jülich	„ 2,30	1.10.19	
	Betzdorf (a)	„ 2,30	1.10.19	
	„ (b u. c)	„ 2,20	1.10.19	
	Gummersb.	„ 2,60	1.10.19	
	Hilden	„ 3,—	1.10.19	
	Düsseldorf	„ 3,—	1.10.19	
	Richrath-Reusrath	„ 3,—	1.10.19	
	Krefeld	„ 2,60	1.10.19	Ab 1. 12. 19 M. 2,80
	M.-Gladb.	„ 2,60	1.10.19	„ 1. 12. 19 „ 2,80
	Mörs	M. 2,60	1.10.19	Ab 1. 12. 19 M. 2,80
	Neuß	„ 2,60	1.10.19	„ 1. 12. 19 „ 2,80
	Kleve, Geldern, Goch u. Kempen	„ 2,—	1.10.19	
	Erkelenz	„ 2,40	1.10.19	
	Koblenz	„ 2,50	25. 9.19	Ab 18.12.19 M. 2,60
	Neuwied	„ 2,40	1.10.19	„ 18.12.19 „ 2,50
	Andernach und Mayen	„ 2,40	1.10.19	„ 18.12.19 „ 2,50
	Aachen	„ 2,30	1.10.19	„ 18.12.19 „ 2,50
	Bergheim: In dem Teile des Kreises, in dem bisher Cölner Löhne gezahlt sind, werden auch weiterhin Cölner Löhne bewilligt.			
	Uebriger Teil des Kreises	35 ₰	1.10.19	Ab 1. 12. 19 weitere 15 ₰
	In der ganzen Rheinprovinz sind die Löhne der Bauhilfsarbeiter gleich und sind um 10 ₰ niedriger als die Maurerlöhne.			
139	Münster:	Stundenlohn		
	Masch. 1. Kl.	M. 2,85	19. 9.19	
	„ 2. „	„ 2,35	19. 9.19	
	„ 3. „	„ 2,20	19. 9.19	

Gestreikt wird in Arnswalde, Crawinkel, Dingolfing i. Bayern, Freiburg i. Schl., Neusalz, Neustettin, Sömmerda, Wittingen.

Streik in Güstrow i. M. Am 27. September haben die Zimmerer in Güstrow die Arbeit eingestellt. Trotz mehrmaliger Verhandlungen war es nicht möglich, eine Einigung zu erzielen. Bei den letzten Verhandlungen machten die Arbeitgeber folgenden Vorschlag: In Wismar beständen die gleichen Verhältnisse wie in Güstrow. Die dortigen Bauarbeiter hätten ein Angebot von M. 2,15 unter Vorbehalt angenommen. Die Zimmerer dagegen seien in den Streik getreten. So würde es auch in Güstrow kommen. Es wäre aber doch beiden Teilen gedient, wenn mit Wismar gemeinsam Verhandlungen angebahnt würden. Was dabei heraus komme, würden sie ohne weiteres zahlen. Von unseren Kameraden wurde darauf hingewiesen, daß wenn in Wismar zum Beispiel schon ein Angebot von M. 2,30 bis 2,40 pro Stunde gemacht sei, unsere Arbeitgeber sagen würden: „Nein, da machen wir nicht mit, unsere Leute wollen schon für M. 2,20 arbeiten.“ Die Arbeitgeber fühlten sich gekränkt, daß man ihnen so etwas zutraue. Wenn es auch ihr Schade sei, so sei das gleich; was bei den Verhandlungen herauskomme, zahlten sie ohne weiteres. Inzwischen hat aber Wismar mit einem Stundenlohn von M. 2,35 abgeschlossen. Die Arbeitgeber wollen aber jetzt ihr Versprechen nicht halten. Das veranlaßte unsere Kameraden, die Arbeit einzustellen, weil sie nicht gewillt sind, sich von den Arbeitgebern zum besten halten zu lassen.

Streik in Gadebusch. Örtliche Verhandlungen am 24. und 28. September verliefen ohne Resultat. Gemeinsam mit den Maurern haben unsere Kameraden den Beschluß gefaßt, zur Durchführung ihrer Forderungen in den Streik zu treten.

Streik in Friedland i. M. Nachdem die bezirklichen Verhandlungen für Mecklenburg nicht zum Ziele geführt, sollte versucht werden, in örtlichen Verhandlungen eine Verständigung herbeizuführen. Das wäre auch sicher in größerem Umfange als bisher gelungen, wenn nicht der Vorstand des Bezirksarbeitgeberverbandes für die örtlichen Verhandlungen gewisse „Richtlinien“ herausgegeben hätte, über die auf keinen Fall hinausgegangen werden soll. Durch sie ist auch in Friedland eine Einigung verhindert worden. Die Unternehmer mußten anerkennen, daß die Forderung unserer Kameraden den Verhältnissen angemessen sei, sie könnten sie aber nicht bewilligen, weil sie sonst gegen die erhaltenen Anweisungen verstoßen müßten. Bei dieser Sachlage war der Streik nicht zu vermeiden.

Streik in Crawinkel. Infolge des ablehnenden Verhaltens der Unternehmer gegenüber ihren Forderungen hatten unsere Kameraden den Schlichtungsausschuß Gotha angerufen. Den von diesem gefällten Schiedsspruch, der eine Lohnerhöhung von 30 ₰ vorsah, haben die Unternehmer nicht anerkannt, sondern einen Gegenvorschlag unterbreitet, wonach sofort 10 ₰, vom 15. November an wiederum 10 ₰ und vom 1. Januar 1920 an nochmals 10 ₰ gezahlt werden sollten. An diesem Vorschlag hielten sie fest. Unsere Kameraden ließen sich darauf nicht ein. Am 26. September wurde die Arbeit eingestellt.

Streik in Solingen. Unsere Kameraden in Solingen stehen seit dem 30. September im Streik. Sie fordern vom 1. September M. 2,80, vom 1. Oktober M. 3 Stundenlohn. Die Unternehmer bewilligten M. 2,80 vom 1. September ab, M. 2,85 vom 1. Oktober an. Gleich nach dem ersten Streiktage riefen die Unternehmer den Schlichtungsausschuß für den bergischen Bezirk an. Nachmittags fanden bereits Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß statt; doch konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Der Streik dauert fort.

Streik in Nagold in Württemberg. Weil die Unternehmer ihre Forderung, 30 ₰ Zulage pro Stunde, ablehnten, sind unsere Kameraden am 28. September in den Streik getreten.

Streik in Dingolfing (Zahlstelle Landshut i. Bayern). Am 29. September sind die Zimmerer in Dingolfing in den Streik getreten. Ihr Stundenlohn ist M. 1,25; sie fordern eine Zulage von 35 ₰. 1 Unternehmer bewilligte die Forderung, 4 Unternehmer lehnten sie ab. Daraufhin wurde einstimmig der Streik beschlossen. 18 Mann sind daran beteiligt. Die Konjunktur ist gut.

Streik und Vereinbarungen in Tübingen. Nachdem sich die Unternehmer bis jetzt weigerten, eine Zulage zu bezahlen, nahm eine gutbesuchte Versammlung am 25. September

Stellung zu der Angelegenheit. Kamerad Leuger aus Stuttgart war ebenfalls anwesend und gab ein kurzes Bild über die seitherigen Verhandlungen und deren Resultate. Es wurde an dem Verhalten der Tübinger Unternehmer scharfe Kritik geübt und einstimmig beschlossen, am 26. September die Arbeit nicht wieder aufzunehmen. Sämtliche Kameraden mit Ausnahme von 2 legten am 26. September die Arbeit nieder. Noch am gleichen Tage fanden Verhandlungen im Rathause statt, in denen eine Teuerungszulage von 30 ₰ pro Stunde vereinbart wurde. Es wurde rasche und glatte Arbeit gemacht; die Tübinger Zimmerer können daraus ersehen, was eine schlagfertige Organisation zustande bringt, sie werden ihre Lehre daraus ziehen.

Vereinbarungen in Schopfheim und Umgebung. Die Verhandlungen mit den Unternehmern waren schwierig; doch wurden sie auf friedlichem Wege zu Ende geführt. Die Teuerungszulage konnte auf schriftlichem Wege geregelt werden, so daß der Stundenlohn für Zimmerer jetzt M. 2,20, für Hilfsarbeiter M. 2,05 beträgt.

Vereinbarungen im Kreise Saarlouis (Zahlstelle Saarbrücken). Verhandlungen in Saarlouis hatten folgendes Ergebnis: Der Lohn für Zimmerer brträgt M. 2,30, 49 ₰ mehr als bisher; für Junggesellen im ersten und zweiten Gesellenjahre steigt der Lohn um 20 pZt.

Vereinbarungen in Werneuchen. Am 2. Oktober wurde über die Gewährung einer Teuerungszulage verhandelt und folgendes vereinbart: 1. Die Arbeitszeit beträgt vom 15. November 1919 an 47 Stunden. Die 48. Stunde wird mit bezahlt. 2. Der Stundenlohn steigt vom 1. Oktober 1919 an von M. 1,70 auf M. 2,35 und vom 15. November 1919 an auf M. 2,45. 3. Ferien erhalten die Zimmerer vom 1. April 1920 an, beginnend mit 3 Tagen nach halbjähriger Tätigkeit, steigend von Jahr zu Jahr um je 1 Tag bis zu 6 Tagen. Ferientage werden nach Tariflohn bezahlt, dürfen aber nicht anderweitig zu Entgeltarbeiten verwendet werden. Zuwiderhandlungen berechtigen zu sofortiger Entlassung ohne Zahlung der Ferienzeit. Die Ferienzeit wird im Einvernehmen mit der Betriebsleitung festgesetzt. 4. Sollten grundlegende Veränderungen des Wirtschaftslebens eintreten, ist jede Partei berechtigt, neue Verhandlungen zu beantragen; geschieht dies nicht, gelten die vereinbarten Lohnsätze bis 31. März 1920.

Vereinbarungen in Bonn. Ein Angebot der Unternehmer von 30 ₰ pro Stunde haben unsere Kameraden in Rücksicht auf die allgemeine Situation angenommen. Sie erhalten vom 1. September an einen Stundenlohn von M. 2,80. Bei sich notwendig machenden Aenderungen des Tarifs hat sich die eine Partei auf Antrag der Gegenseite binnen 14 Tagen zu Verhandlungen bereitzuerklären.

Streik-Ende in Züllichau. Nach fünftägigem Streik wurden in dreimaliger Verhandlung 25 ₰ pro Stunde Lohnerhöhung erreicht. Vorher waren die Arbeitgeber zu keinerlei Verhandlung bereit, selbst die Vermittlung des Bürgermeisters war erfolglos. Es blieb den Kameraden daher nichts anderes übrig, als das letzte Mittel anzuwenden.

Streik und Vereinbarungen in Gelsenkirchen. Nach fünfzehntägiger Dauer ist der Streik in Gelsenkirchen beendet. Vom Innungsausschuß in Gelsenkirchen erhielt die Zahlstelle die Mitteilung, daß am 16. September in Duisburg Verhandlungen stattfänden. Sie tagten im Rathause zu Duisburg im Beisein des Zivilkommissars Thielemann und endeten mit der Fällung eines Schiedsspruches, wonach der Stundenlohn für Zimmerer in Gelsenkirchen und Rothausen M. 2,75 beträgt. Die Unternehmer von Gelsenkirchen erklärten, daß sie sich dem Schiedsspruch unterwerfen würden. Unsere Vertreter versprachen, in den Versammlungen für seine Annahme einzutreten. Eine allgemeine Mitgliederversammlung am 17. September nahm den Bericht von den Verhandlungen entgegen und stimmte dem Schiedsspruch zu. Am 18. September wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Erreicht ist eine Lohnerhöhung von M. 2,55 auf M. 2,75.

Die Lohnbewegung in Annaberg-Buchholz nahm folgenden Verlauf: Am 23. August wurde den Unternehmern eine Lohnforderung von 20 ₰ pro Stunde eingereicht; sie wurde ohne Verhandlungen abgelehnt. Am 4. September wurde der Schlichtungsausschuß angerufen; er verhandelte am 18. September und verpflichtete die Unternehmer durch Schiedsspruch, vom 15. September an 20 ₰ und vom 1. November an weitere 10 ₰ Teuerungszulage zu zahlen. Die Unternehmer lehnten den Schiedsspruch ab. Unsere Kameraden übergaben die Sache nun dem Demobilmachungskommissar; er erklärte am 27. September den Schiedsspruch für verbindlich. Die 20 ₰ werden jetzt gezahlt. Die weiteren 10 ₰ werden gleichfalls vom 1. November gezahlt werden müßen.

Verhandlungen in Berlin über eine neue Lohnzulage sind zum erfolgreichen Abschluß geführt worden. Die Unternehmer hatten zunächst eine Zulage von 30 ₰ pro Stunde angeboten, wodurch der Lohn von M. 2,80 auf M. 3,10 gestiegen wäre. Das lehnte eine Zahlstellenversammlung am 2. Oktober ab. Am 3. Oktober wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen mit dem Ergebnis, daß die Unternehmer ihr Angebot um 10 ₰ erhöhten. Mit dem neuen Angebot befaßte sich eine Zahlstellenversammlung am 5. Oktober; es fand mit 70 gegen 60 Stimmen Annahme. Danach erhöht sich der Lohn in Berlin vom 1. Oktober an von M. 2,80 auf M. 3,20.

Der Streik in Cuxhaven ist, so wird uns berichtet, nach vierwöchiger Dauer am 25. September beendet. Nach hartem Ringen und mehrmaligem Abbruch der Verhandlungen ist es gelungen, eine Einigung zu erzielen. Der Gang der Bewegung war folgender: Nach Einreichung der Forderung auf eine Teuerungszulage von 80 ₰ die Stunde lehnten die Unternehmer jegliche Verhandlung ab mit der Begründung, sie wollten die zentralen Verhandlungen in Berlin abwarten. Wir waren aber nicht verpflichtet, uns darauf einzulassen, weil der Tarif von uns noch nicht unterzeichnet war, und deshalb wurde am 27. August beschlossen, in den Streik zu treten. Nach zehntägiger Streikdauer gelang es dem Bürgermeister, beide Parteien zu Verhandlungen zusammenzuführen; sie hatten aber kein Ergebnis. Nach weiteren 14 Tagen brachte das Bauamt Verhandlungen zustande; es machte den Vorschlag, eine Teurungszulage von 40 ₰ die Stunde zu zahlen. Beide Parteien versprachen, in ihren Versammlungen für diesen Vorschlag einzutreten. In unserer Versammlung wurde er angenommen, die Unternehmer hielten es jedoch nicht für nötig; sie boten uns wiederum 25 ₰. Nun hieß es für uns, den Kampf in verschärfter Form fortzusetzen. Am 24 September wurde erneut im Beisein unseres Gauleiters Holst mit den Arbeitgebern verhandelt; dabei kam folgendes heraus: Bei Arbeitsaufnahme 25 ₰ mehr, am 1. Oktober 5 ₰ und am 1. Dezember 10 ₰ mehr. Dieses Angebot wurde von unserer Versammlung angenommen und beschlossen, am 26. September die Arbeit aufzunehmen. Unser Lohn ist somit von M. 2,40 auf M. 2,80 vom 1. Dezember an gestiegen.

Der Streik in Ziebingen ist beendet. Durch Vermittlung des Landrats kamen Verhandlungen zustande. Die Parteien einigten sich auf eine Lohnzulage von 20 ₰ pro Stunde. Am 29. September wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Der Streik in Merseburg ist laut telegraphischer Mitteilung an den Zentralvorstand am 30. September mit vollem Erfolg beendet.

Vereinbarungen in Waldenburg i. Schl. In erneuten Verhandlungen wurde unsern Kameraden für den Geltungsbereich Waldenburg eine Teuerungszulage von 35 ₰, für die Bezirke Wüstewaltersdorf und Friedland eine solche von 25 ₰ vom 13. September an zugebilligt, so daß der Stundenlohn für Waldenburg einschließlich 3 ₰ Werkzeugentschädigung M. 2,28 beträgt. Eine stark besuchte Versammlung am 19. September erklärte sich, um die Ruhe und Ordnung im Baugewerbe auch weiterhin zu wahren, damit einverstanden, trotzdem die Forderung weit höher war. Bei den Verhandlungen am 27. August wurde nur eine Teurungszulage von 5 pZt. = 9 ₰ angeboten. Dadurch und durch die Verschleppung des Schiedsspruches war die Erregung unter unsern Mitgliedern bis zur Siedehitze gestiegen.

Aus Oberschlesien. In Nr. 38 des „Zimmerer" berichteten wir, daß vom Arbeitgeberverband für das Baugewerbe der Kreise Kreuzburg, Rosenberg und Lublinitz auf Ersuchen um Verhandlungen über Gewährung einer Teuerungszulage die Antwort eingegangen sei, daß die in Frage kommenden Organisationen auf eine Teuerungszulage verzichtet hätten. Da von einem derartigen Verzicht unserm Vertrauensmann nichts bekannt war, bat er genannten Arbeitgeberverband um nähere Auskunft. Die hierauf erteilte Antwort lautet dahin, daß der Zweigvereinsvorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes Kreuzburg mit Schreiben vom 31. August dieses Jahres mitgeteilt habe, daß in einer zu diesem Zwecke einberufenen Vesammlung der Beschluß gefaßt worden sei, auf Zahlung einer Teuerungszulage zu verzichten. Vor der Beschlußfassung habe sich der Bauarbeiterverband mit dem Vorstand des christlichen Bauarbeiterverbandes in Verbindung gesetzt. Daß die Zimmerer im fraglichen Bezirk noch besonders organisiert sind, entzog sich bisher der Kenntnis der Arbeitgeber, sonst hätten sie auch mit den Zimmerern verhandelt; jedoch hoffen sie, daß sich die Zimmerer dem Beschluß der andern Organisationen anschließen werden. — Unsere Kameraden werden zu dieser Angelegenheit noch näher Stellung nehmen.

Eine Teuerungszulage in Meseritz ist auf dem Verhandlungswege durchgesetzt worden; jedoch bedurfte es dazu einer Arbeitseinstellung in einem Geschäft. Die Zulage beträgt 10 ₰ pro Stunde.

Der Streik in Graudenz ist beendet. Am 30. September. wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Der Erfolg ist eine Teuerungszulage von 10 pZt. Für die Zeit vom 8. September bis Ausbruch des Streiks, 17. September, wird eine Zulage von 5 pZt. nachgezahlt.

Der Streik in Körlin a. d. Persante ist mit Erfolg beendet. Der Lohn für Zimmerer erhöht sich sofort von M. 1,30 auf M. 1,55, am 15. Oktober auf M. 1,60. Damit ist die Forderung unserer Kameraden voll erfüllt.

Streik und Vereinbarungen in Lyck in Ostpreußen. Daß es in Lyck zum Streik kommen würde, hatten wir schon in Nr. 34 des „Zimmerer" angezeigt. Er ist am 29. August erklärt worden, hat aber nur 6 Tage gedauert, nachdem die Unternehmer eine Zulage von 15 pZt. bewilligt hatten. Der Stundenlohn ist jetzt M. 2,30.

Berichte aus den Zahlstellen.

Breslau. Am 9. September fand im „Königsgrund" eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt zur Entgegennahme des Berichtes von den Verhandlungen mit den Unternehmern. Berichterstatter war Kamerad Goldschmidt. Die Verhandlungen haben am 8. September stattgefunden. Die Vertreter der Unternehmer haben sich heftig gegen unsere Forderungen gesträubt; sie vertraten den Standpunkt, daß wir die Arbeitszeit doch nur auf 9 Stunden zu verlängern brauchten, um eine Mehreinnahme zu erzielen. Sie verwiesen auch darauf, daß doch die Arbeiterpresse fortgesetzt schreibe, daß unsere wirtschaftliche Not sich nur durch Arbeit beheben lasse. Unsere Vertreter haben den Herren den Standpunkt klargemacht. Heute seien sie, entgegnete man ihnen, für eine Verlängerung der Arbeitszeit, morgen würden sie vielleicht schon beweisen, daß eine solche unmöglich sei wegen des sehr bald entstehenden Materialmangels. Die Unternehmer erklärten weitere Zugeständnisse auch deshalb für unmöglich, weil das Baugewerbe sie einfach nicht tragen könne; denn sie seien heute schon gezwungen, das Material teils im Schleichhandel zu beschaffen. Von unserer Seite sei ihnen erklärt worden, daß sich unsere Kameraden eine weitere Verschleppung nicht mehr gefallen lassen und in den Streik treten würden. Dazu meinten die Unternehmer, daß wir vor Fällung eines Schiedsspruches zu Kampfmaßnahmen nicht berechtigt seien. Dem wurde entgegengehalten, daß dann die Verhandlungen bis zum 1. September hätten erledigt sein müssen; nachdem das nicht geschehen sei, wären auch wir nicht gebunden. Nachdem noch einmal auf die unerhörte Teuerung hingewiesen und darauf, daß von unserer Forderung nichts abgelassen werden könne, wurde von Unternehmerseite der Vorschlag auf M 2,50, rückwirkend vom 29. August, gemacht. Das sei ihr letztes Gebot, das auch erst der Genehmigung ihrer Versammlung bedürfe. Zu diesem Angebot habe die Versammlung nunmehr Stellung zu nehmen. Die Kameraden Winkler und Höhne von der Lohnkommission ergänzten den Bericht und empfahlen das Angebot zur Annahme. Nach sehr eingehender Debatte wurde mit Rücksicht auf die schwierige Lage des Baugewerbes und die herrschende Wohnungsnot dem Angebot zugestimmt. In „Verschiedenes" berichtete Kamerad Goldschmidt von der Lehrlingsversammlung am 6. September im Gewerkschaftshause. 69 Lehrlinge waren erschienen. Ihnen wurde Wert und Nutzen unserer Organisation vor Augen geführt, worauf sich 39 in den Verband aufnehmen ließen. Es gäbe hier noch viel Arbeit; alle Kameraden müßten helfen, die Lehrlinge für unsere Organisation zu interessieren. In den Löhnen zwischen der ersten und zweiten Innung herrsche ein krasser Unterschied. Im ersten und zweiten Jahre bestehe eine Differenz von 20 ₰, im dritten 30 ₰, im vierten Jahre 40 ₰. Hier müsse regelnd eingegriffen werden. Vorläufig müsse sich der Gesellenausschuß dieser Aufgabe unterziehen, der aus guten Verbandsmitgliedern bestehe. In der Versammlung wurden mancherlei Mißstände zutage gefördert. Bei einem Zimmermeister müssen die Lehrlinge schon wochenlang Lehm stampfen und kneten. Bei einem Unternehmer müssen sie mit den Maurern auf Scharwerk gehen und den Handlanger spielen. Hier heißt es also kräftig zugreifen, um Remedur zu schaffen. Auch bekommen die Lehrlinge den im Tarif festgelegten Höhen- und Karbolineumzuschlag nicht gezahlt. Alles das sind Mißstände, die dringend der Abhilfe bedürfen; deshalb sollten alle Kameraden die Lehrlinge auf den Verband und seine Versammlungen aufmerksam machen, die regelmäßig stattfinden werden. Kamerad Mannig als Altgeselle stellte hierbei fest, daß er schon zweimal versucht habe, eine Sitzung mit der Innung herbeizuführen; auf das letzte Schreiben sei überhaupt noch keine Antwort erfolgt. Geschehe es nicht bald, so müßten andere Mittel ergriffen werden. Es fanden noch einige interne Angelegenheiten ihre Erledigung, worauf Schluß der Versammlung erfolgte.

— Am 16. September fand in der „Wilhelmsburg" eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Ueber „Gewerkschaftliche und politische Errungenschaften seit der Revolution" sprach Genosse Mache. Seine Ausführungen fanden reichen Beifall. Sodann nahm die Versammlung Stellung zu dem Beschluß der Unternehmer, die Lohnzulage erst vom 5. September ab zu zahlen. Kamerad Goldschmidt streifte noch einmal kurz die Verhandlungen vom 8. September. Er sei der Ansicht gewesen, daß die Nachzahlung vom 29. August erfolgen würde. Nun hätten aber die Unternehmer in einer Versammlung am 10. Septembber beschlossen, erst vom 5. September ab zu zahlen. Ueber diesen Bescheid herrsche unter unsern Mitgliedern große Erregung, bei einzelnen Firmen sei es bereits zu Arbeitseinstellungen gekommen. Redner empfahl, nochmals mit den Unternehmern über diesen Punkt zu verhandeln, ehe weitere Maßnahmen ergriffen würden. Leider hätten die Maurer sich bereits damit einverstanden erklärt. Wir dürften uns deshalb jedoch nicht abschrecken lassen. In der Diskussion wurde das Verhalten der Unternehmer scharf kritisiert. In Zukunft werde man sich nicht auf so lange Verhandlungen einlassen dürfen, sondern handeln müssen. Auch das Verhalten der Maurer wurde getadelt. Es sei besser, wenn wir in Zukunft allein verhandelten und unsere Sache durchführten. Es wurde beschlossen, daß die Lohnkommission wegen der Nachzahlung nochmals mit den Unternehmern verhandeln soll, und zwar bis 23. September. Eine Versammlung am gleichen Tage soll das weitere beschließen.

— Am 23. September mußte Kamerad Goldschmidt der Versammlung mitteilen, daß Verhandlungen nicht stattgefunden hätten. Der Arbeitgeberbund habe uns bis 23. September eine Antwort zukommen lassen wollen, doch sei bisher keine Antwort eingegangen. Es frage sich, was jetzt geschehen soll. In sehr eingehender Weise beleuchtete Redner die Situation und besprach alle Faktoren, die bei Entscheidung der Frage in Betracht kommen. Von einem Streik riet er ab. Er empfahl, den Vorsitzenden des Gewerbegerichts zur Vermittlung anzurufen. Kamerad Schmidt mahnte gleichfalls zur Vorsicht. Die Kameraden Korsegner, Höhne, Laufer und weitere Redner schlossen sich diesen Ausführungen an, während andere Redner sich für sofortige Arbeitseinstellung aussprachen. Beschlossen wurde, von einem Eintritt in den Streik vorläufig abzusehen und die Angelegenheit dem Schlichtungsausschuß zu übertragen. Unter „Verschiedenes" wies Kamerad Goldschmidt auf unser Stiftungsfest hin, das am 25. Oktober stattfindet. Er ersuchte die Kameraden um rege Agitation und zahlreichen Besuch. Für die Kameraden, die 25 Jahre dem Verbande angehören, wird ein Ehrendiplom gestiftet. Der Eintritt beträgt für jede Person M 2. Im weiteren tadelte er das Verhalten einzelner Kameraden bei der Firma Huber, die, ohne einen Beschluß abzuwarten, die Arbeit wieder aufgenommen haben. Auch das Verhalten des Kameraden Schmidt bei der Firma Huta wurde kritisiert. Kamerad Schmidt machte sodann noch einige Ausführungen über den Wiederaufbau in Frankreich und Belgien. Zum Schluß wurde noch auf die Bücherkontrolle hingewiesen, die jeden 1. und 15. im Monat zu erfolgen hat.

Bromberg. Am 2. September fand im Vereinslokal unsere regelmäßige Monatsversammlung statt; sie war von 50 Kameraden besucht. Zum ersten Vorsitzenden wurde Hermann Schulz, zum zweiten Vorsitzenden Hermann Lüdke gewählt. Kamerad Schulz erstattete den Kartellbericht. Daraus war zu entnehmen, daß das Gewerkschaftskartell bei der im Winter veranstalteten Gewerkschaftsbühne im hiesigen Stadttheater ein Defizit von über M 6000 gemacht hat, das von den einzelnen Gewerkschaften gedeckt werden soll. Zur Teuerungszulage berichtete der Vorsitzende, daß in der letzten Woche eine gemeinsame Sitzung mit den Bauarbeitern stattgefunden habe. Unserseits wurde eine Teuerungszulage von 10—15 pZt. gefordert. Hierauf verlas der Vorsitzende die Statuten vom Gewerkschaftsbund für das neue Staatsgebiet Polen. Einwendungen wurden nicht

gemacht. Sodann folgte die Abrechnung vom Gewerkschaftshaus; der Vorsitzende verlas die Abrechnung vom Jahre 1917, da keine andere beigebracht werden konnte. Von der Versammlung wurde beantragt, sämtliche Abrechnungen von 1914 an beizubringen, und dem Kartelldelegierten ans Herz gelegt, dafür zu sorgen, daß in dieser Sache Aufklärung geschaffen wird; das wurde von dem Kartelldelegierten zugesagt. In „Verschiedenes" wurde darüber Klage geführt, daß einige Kameraden immer noch nach Feierabend arbeiten; das wurde von der Versammlung und vom Vorsitzenden stark gerügt und beschlossen, bei der hier herrschenden Arbeitslosigkeit gegen derartige Kameraden in Zukunft mit aller Schärfe vorzugehen. Des weiteren wurde vom Kassierer vorgebracht, daß wir zurzeit 32 Kameraden hätten, die 7 und mehr Wochenbeiträge schuldeten. Es wurde beschlossen, sofort die Wahl von Platzdelegierten vorzunehmen; diese sollen regelmäßig die Verbandsbücher revidieren und die saumseligen Kameraden an ihre Pflichten erinnern. Hierauf wurde zur Platzdelegiertenwahl geschritten. Zum Schluß wurde vom Vorsitzenden noch ein Mahnruf an die Zimmerlehrlinge verlesen, der vom Hauptvorstand eingegangen war. Der Versammlung wurde empfohlen, sich der Zimmerlehrlinge besonders anzunehmen und sie für unsere Organisation vorzubereiten. Es wurde beschlossen, durch die Platzdelegierten die Adressen von den Lehrlingen zu beschaffen und sie zu einer Sitzung am kommenden Mittwoch einzuladen. Mit einem Hoch auf die Zahlstelle Bromberg erfolgte Schluß der Versammlung.

Burg b. Mgdbg. Die Mitgliederversammlung am 23. August im Gewerkschaftshaus hatte folgende Tagesordnung: 1. Lohnfrage, 2. Verschiedenes. Im ersten Punkt entwickelte sich eine lebhafte Debatte über die Teuerungszulage, die seit dem 22. August gezahlt wird. Sie beträgt 15 ₰, was von sämtlichen Kameraden als völlig ungenügend erklärt wurde in Anbetracht der jetzigen Teuerung der Lebensmittel. Kamerad Heinrich Müller erklärte, daß der Stundenlohn mindestens ℳ 2 und Teuerungszulage betragen müsse; derselben Ansicht war auch Kamerad Kupfernagel. Kamerad Dietz ging über diesen Antrag noch hinaus und verlangte ℳ 2,20 und die Zulage, desgleichen Werkzeugentschädigung. Auch stellte Kamerad Otto Behrend einen Antrag auf 10 ₰ Werkzeugentschädigung pro Stunde. Beide Anträge wurden einstimmig angenommen. Kamerad Heinrich Müller stellte noch den Antrag betreffend Urlaub. Alle diese Anträge sollen in der noch anzuberaumenden Sitzung mit den Unternehmern durchgedrückt werden. Der Vorsitzende des Bauarbeiterverbandes erklärte sich mit unserer Forderung einverstanden, um so die Verhandlungen einheitlich gestalten zu können. Im zweiten Punkt wurden dem Bildungsausschuß ℳ 20 und dem Kameraden Gustav Schuppe ℳ 50 überwiesen. Kamerad Otto Dietz führte an, daß mehr Sorgfalt auf die Beschaffenheit der Unterkunftsräume auf den Plätzen gelegt werden müsse. Dann wurde für jeden Platz ein Platzdelegierter gewählt, und zwar für den Platz W. Timme Kamerad Otto Behrend, für den Platz Albert Timme Kamerad Gustav Weinert, für den Platz W. Siege Kamerad Gustav Waldvogel und für den Platz W. Stietzel Kamerad W. Jänicke. Es waren 42 Mitglieder anwesend.

Dieburg i. Hessen. Am 19. September waren sämtliche Maurer- und Zimmermeister nach Dieburg geladen; 20 Unternehmer waren erschienen. Die Zahlstellen Groß-Zimmern und Semd hatten Verhandlungsteilnehmer entsandt. Gauleiter Ege erläuterte den Anwesenden den Reichstarifvertrag für das Baugewerbe, den am 23. April 1919 vereinbarten Bezirkstarifvertrag sowie die am 25. und 26. August vereinbarten Teuerungszulagen. Dieburg gehört mit allen Orten des Kreises in die Lohngruppe II, wonach vom 1. September 1919 an der Stundenlohn für Zimmerer ℳ 2,15 beträgt. Soll der Bezirksvertrag im ganzen Kreis zur Durchführung kommen, so müssen die Unternehmer, auch ohne Mitglied des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes zu sein, gemeinsam mit den Arbeiterverbänden für die Innehaltung der Stundenlöhne Sorge tragen. Es dürfte sich sehr empfehlen, seitens der Arbeitgeber und Arbeiter eine Kommission von je 5 Mann zu wählen, die über die Durchführung des Vertrages wacht und für die Beseitigung aller Mißstände eintritt. Die anschließende Diskussion gestaltete sich sehr lebhaft; die Unternehmer rügten besonders, daß seit Einführung der achtstündigen Arbeitszeit die Gesellen nach Feierabend selbständig Arbeiten ausführen; auch wurde die Lehrlingsfrage und die Leistungsfähigkeit der jugendlichen Zimmerer, die durch den Krieg keine regelrechte Lehrzeit durchgemacht haben, zur Sprache gebracht. Nachdem die Arbeiter auf alle vorgebrachten Fragen erwidert hatten, berieten die Unternehmer unter sich und ließen dann durch den Vorsitzenden der Zimmermeisterinnung, Herrn Rödler aus Dieburg, erklären: Die Unternehmer sind mit dem Stundenlohn von ℳ 2,15 einverstanden; derselbe soll im ganzen Kreis Dieburg gezahlt werden. Die Kommission soll gebildet werden; die Adressen der 5 Unternehmer werden dem Gauleiter mitgeteilt. An den Zahlstellen Groß-Zimmern und Semd liegt es nun, dafür zu sorgen, daß in allen Betrieben des Kreises Dieburg, in denen Zimmerer beschäftigt werden, der Vertrag auch zur Durchführung gelangt und die Wahlen der Arbeiter zur Schlichtungskommission vorgenommen werden.

Ebingen. Eine gemeinschaftliche Versammlung von Bauarbeitern und Zimmerern am 29. August nahm Stellung zu einer Teuerungszulage. Die Notwendigkeit einer Zulage wurde vom Kollegen Krafft in ausführlicher Weise dargelegt. Von den 5 ₰ pro Stunde, die uns einige Unternehmer angeboten haben, wollte die Versammlung nichts wissen, sie beschloß vielmehr, einen Stundenlohn von ℳ 2,10 zu fordern. Dieser Beschluß wurde den Unternehmern unterbreitet und um Verhandlungen nachgesucht. Sie fanden am 5. September statt. Nach längerem Für und Wider erklärten sich die Unternehmer bereit zu einer Teuerungszulage von 25 ₰ pro Stunde, rückwirkend vom 1. September ab, so daß unser Stundenlohn ℳ 1,90 beträgt. Jedoch verlangten die Unternehmer, daß die Teuerungszulage dem Gemeinderat vorgelegt werde, damit sie für ihre Arbeiten entsprechend mehr erhielten. Durch gemeinderätlichen Beschluß wurde die Sache endgültig geregelt. Die Abmachungen wurden anerkannt. — Unsern Kameraden möchten wir ans Herz legen, sich künftig besser an den Versammlungen zu beteiligen.

Ehingen. Am 19. September fand hier eine gut besuchte Zimmererversammlung statt, in der Kamerad Groß aus Ulm den hiesigen Zimmerern Zweck und Ziele unseres Verbandes vor Augen führte. Alle anwesenden Kameraden schlossen sich dem Verbande an und konnte somit ein neuer Bezirk der Zahlstelle Ulm errichtet werden. Den Kameraden, die sich darum besonders bemüht haben, sei hier der Dank ausgesprochen. Mögen alle Kameraden einsehen, daß sie nur in der Organisation ihre Lage verbessern können. Immer vorwärts muß ihr Wahlspruch sein.

Elbing. In einer Versammlung am 3. September erstattete der Vorsitzende Bericht von den Verhandlungen über die Teuerungszulage. Das Ergebnis ist eine Zulage von 10 ₰ pro Stunde. Dadurch erhöht sich der Stundenlohn für Elbing auf ℳ 2,20. Die Kameraden waren von diesem Resultat zwar nicht befriedigt, doch wurde es gegen eine Minderheit angenommen. Die Zahlung erfolgt rückwirkend vom 29. August. Hierauf sprach Kamerad Finsel über unsere Unterstützungseinrichtungen nach den Beschlüssen der 21. Generalversammlung und über die Beitragsleistung. Er schloß mit der Aufforderung zu festem Zusammenhalten in der Organisation. Der Vorsitzende teilte mit, daß einzelne Mitglieder angeblich wegen der hohen Beiträge austreten wollten. Dabei wies er nach, daß einzelne Mitglieder, die schon seit 1906 organisiert seien, ebensoviel an Unterstützung aus dem Verbande bezogen, als sie Beiträge geleistet hätten. Man solle doch bedenken, daß der Verband keine Versicherung, sondern eine Kampfesorganisation sei. Unter „Kartellbericht" wurde bekanntgegeben, daß dem verstorbenen Gewerkschaftssekretär Trilse ein schlichtes Denkmal gesetzt werden solle. Weiter wurden die örtlichen gewerkschaftlichen Einrichtungen erläutert. In den Gewerkschaftsbund soll jede Gewerkschaft 3 Delegierte entsenden. Auch werde in Elbing ein Arbeitersekretariat errichtet. Nachdem die Wahl der Hilfskassierer vollzogen war, erfolgte Schluß der Versammlung.

Freiburg i. Schl. In unserer regelmäßigen Mitgliederversammlung am 5. September sprach Kamerad Schmidt, Breslau, zuerst über die Teuerungszulage. Wenn in andern Zahlstellen vielfach eine Einigung erzielt werden konnte, so sei das hier in Freiburg bis jetzt noch nicht möglich gewesen, und zwar infolge des Verhaltens der Unternehmer. Weiter machte Kamerad Schmidt einige Mitteilungen über den Stand der Wiederaufbauarbeiten in Frankreich und Belgien. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Kamerad Reichelt gewählt. Um den Versammlungsbesuch zu heben, wurde folgendes beschlossen: Wer die Hälfte der Versammlungen besucht hat, erhält bei Krankheit die Beitragsmarken aus der Lokalkasse bezahlt; wer zwei Drittel der Versammlungen besucht hat, erhält bei Krankheit und Arbeitslosigkeit die Beitragsmarken aus der Lokalkasse bezahlt. Die Mitgliedsbücher sind zu jeder Versammlung mitzubringen zum Einkleben der Versammlungsmarke. Die Anregung des Vorsitzenden, bei der hiesigen Girokasse ein Bankkonto anzulegen, wurde einstimmig gutgeheißen.

— Eine am 14. September im Buchwald tagende außerordentliche Zimmerer- und Bauarbeiterversammlung nahm Kenntnis von der Verschleppung der Lohnregelung durch das Haupttarifamt. Einstimmig wurde beschlossen, die Unternehmer noch einmal zu Verhandlungen einzuladen, eventuell zu den schärfsten Mitteln zu greifen, um unsere gerechten Forderungen durchzusetzen. In der am 16. September stattgefundenen Verhandlung mit den hiesigen Unternehmern erklärten diese, mit uns allein nicht verhandeln zu können, da sie dem Arbeitgeberverband Waldenburg angeschlossen seien. Daraufhin haben wir am 18. September gemeinschaftlich mit Waldenburg verhandelt. Unsere Lohnkommission hatte den Auftrag, auf derselben Grundlage wie Waldenburg zu verhandeln. Es ließ sich aber nicht durchsetzen, da unsere angrenzenden Lohnbezirke Schweidnitz, Striegau und Bolkenhain einen viel niedrigeren Lohn haben und unsere Unternehmer angeben, sonst nicht mehr konkurrieren zu können. Nach längerem Hin und Her boten uns die Unternehmer 30 ₰ Zulage. Eine am 20. September stattgefundene Mitgliederversammlung nahm das Angebot an. An den Kameraden wird es nun liegen, das Errungene auch festzuhalten. Es darf nicht wieder eine Lauheit einreißen, wie vor der Lohnbewegung. Zahlreicher Versammlungsbesuch ist erste Bedingung.

Friedrichshafen a. B. (Situationsbericht.) In der am 1. August stattgefundenen Monatsversammlung wurde unter anderm auch die Forderung einer Teuerungszulage besprochen. Die anwesenden Kameraden waren sich alle darin einig, daß am hiesigen Platze ebenfalls eine Teuerungszulage gefordert werden müsse. Aus der Mitte der Versammlung wurde hierauf der Antrag gestellt, 60 ₰ pro Stunde zu fordern. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Diese Forderung wurde gemeinsam mit den Bauarbeitern den Unternehmern zugestellt, von diesen aber ohne weiteres abgelehnt. Nachdem nun auch die Verhandlungen in Stuttgart gescheitert waren, sahen wir uns genötigt, nochmals in örtliche Verhandlungen einzutreten. Um ihnen Nachdruck zu verleihen, sollte eine Demonstration vor dem Rathaus unternommen werden. In einer auf den 23. August einberufenen gemeinsamen Bauarbeiter- und Zimmererversammlung wurde dann gegen die Stimmen der Zimmerer beschlossen, am Montag, 25. August, um 9 Uhr morgens, eine Demonstration zu veranstalten. Der Vorstand der Zimmerer, der voraussah, daß die Folge der Demonstration der Streik sein werde, berief nochmals eine gemeinsame Sitzung ein, in der beschlossen wurde, die Demonstration für Montag fallen zu lassen, dafür aber eine Delegation auf das Rathaus zu senden, damit durch Vermittlung des Schultheißenamtes Verhanlungen eingeleitet würden. Sollte diese Delegation ihren Zweck nicht ausführen können, so sollte nachträglich demonstriert werden. Am Montag früh zeigte es sich, daß die Bauarbeiter gewillt waren, den in der Sitzung gefaßten Beschluß über den Haufen zu werfen und die Demonstration dennoch auszuführen. So wurden dann die mit den Zügen ankommenden Bauarbeiter am Bahnhof abgefaßt und die Demonstration in Gang gebracht, jedoch ohne Zimmerer. In den auf dem Rathause stattgefundenen Besprechungen wurde vom Stadtvorstand mitgeteilt, daß er die Herren Unternehmer einladen werde. Die am selben Nachmittag noch stattgefundenen Verhandlungen verliefen ohne jeden Erfolg. Man war den Unternehmern soweit wie nur möglich entgegengekommen. Unsere Forderung war am Schlusse der Verhandlung 30 ₰. Am Dienstag erschien dann unser Gauleiter Emil Leuger, der am Nachmittag den Verhandlungen beiwohnte, die wiederum ohne Erfolg endeten. Nun war der Streik im vollen Gange, obwohl man hoffte, ihn in letzter Stunde noch vermeiden zu können. Die Arbeit wurde überall eingestellt, so daß es sich für Streikbrecher nicht lohnte, sich nach hier zu verdingen. So haben die hiesigen Meister nun doch gelernt, daß es mit ihrer Stütze vom Land vorbei ist und daß auch die Friedrichshafener Zimmerer auf der Höhe und stark genug sind, ihre Forderung durchzusetzen. Nachdem am 1. September in Stuttgart nochmals Verhandlungen stattgefunden hatten, wo die geforderten 30 ₰, wenn auch in anderer Lesart, bewilligt wurden, ward der Streik für beendigt erklärt und die Arbeit am 2. September wieder aufgenommen. Maßregelungen fanden nicht statt. Der Lohn für Friedrichshafen beträgt nun ℳ 2,15 ab 15. August, ab 1. Oktober ℳ 2,20 pro Stunde. Für den Ort Tettnang wurden von der hiesigen Zahlstelle ebenfalls Lohnverhandlungen eingeleitet, die mit einer Zulage von 30 ₰ pro Stunde vollen Erfolg hatten. Der in Tettnang und Umgegend zu zahlende Stundenlohn beträgt ℳ 1,90. — Kameraden, die Ihr alle am Erfolg mitgearbeitet und geschlossen hinter Eurem Vorstand und der Streikleitung gestanden, haltet fest zur Sache des Verbandes, denn das kommende Frühjahr wird uns wieder einen Kampf bringen. Dazu brauchen wir aber nicht nur zahlende Kameraden, sondern auch mitarbeitende, solche, die die Versammlungen rege besuchen und agitieren für den Verband. Kein Unorganisierter soll mehr auf dem Platze Friedrichshafen zu finden sein.

Gelnhausen. Im Kreise Gelnhausen war es seither noch nicht möglich, den Tariflohn ganz zu erreichen. ℳ 1,80 Stundenlohn sollten gezahlt werden, ℳ 1,60 waren aber erst erreicht worden. Am 16. September waren alle Maurer- und Zimmermeister vom Kreise geladen; die vierstündigen Verhandlungen gestalteten sich wieder sehr hartnäckig. Gauleiter Ege und die anwesenden Kameraden aus Bad Orb, Gelnhausen und Altenhaßlau mußten recht oft den Unternehmern klarmachen, daß diesmal der Lohn der Gruppe III unter allen Umständen erreicht werden müsse. Für die Stadt Bad Orb wurde der Lohn der Gruppe II gefordert, weil die Lebensmittelpreise durch die Kurgäste sehr in die Höhe gingen. Die Parteien verhandelten einige Male unter sich; beim Auseinandergehen erklärten sich letzten Endes die Orber Unternehmer bereit, vom 1. Oktober 1919 an den Lohn der Gruppe III mit ℳ 1,90 zu zahlen, die übrigen Unternehmer wollen ℳ 1,80 und vom 1. Januar 1920 an ℳ 1,90 zahlen. Dem wurde nicht zugestimmt. Der Schlichtungsausschuß soll für Gelnhausen und Umgegend entscheiden. In Orb kam eine Einigung mit ℳ 1,90 zu einem Termin vor dem 1. Oktober 1919 noch zustande. Hoffentlich lernen die Zimmerer in Gelnhausen und bauen, wie die Kameraden in Orb, die Organisation besser aus.

Gräfenthal. Am 14. September versammelten sich die Kameraden der Zahlstelle im Verein mit der Ortsgruppe des Bauarbeiterverbandes im Gasthaus „Zum Vergißmeinnicht" in Zopten. Tagesordnung: Verhandlungen über eine Teuerungszulage. Die Unternehmer waren anwesend. In kurzen Worten teilte Kamerad Tyzel den Unternehmern die Forderungen mit. Hierauf ergriff unser Gauleiter, Kamerad Laue aus Leipzig, das Wort. In längerer Ansprache behandelte er die gegenwärtigen Lohnerhöhungen im Baugewerbe. Seitens der Unternehmer wurde kein großer Widerstand geleistet und es kam eine Einigung zustande. Es wurde ein Zuschlag von 20 ₰ pro Stunde bewilligt, so daß der Stundenlohn vom 14. September an ℳ 1,70 beträgt. Gleichzeitig wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen bis 21. März 1920.

Guben. Unsere am 3. September stattgefundene Mitgliederversammlung war recht gut besucht. Auf der Tagesordnung stand: Bericht von der Verhandlung über Teuerungszulage. Regelung der Kolportage. Regelung der Verwaltungsgebühren. Bericht des Vergnügungskomitees. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Kamerad Emil Düsterwald erstattete zunächst den Bericht von der Verhandlung mit den Unternehmern. Gefordert wurden 40 ₰ pro Stunde. Die Arbeitgeber wollten absolut nicht über 10 pZt. hinausgehen. Nach stundenlangen Verhandlungen, die mit den Bauarbeitern gemeinsam gepflogen wurden und woran auch die Gauleiter, von unserer Seite Kamerad Knüpfer, teilnahmen, kam endlich eine Einigung zustande. Es werden 13 pZt. Teuerungszulage gezahlt, das sind 23 ₰ für Zimmerleute und Maurer und 21 ₰ für Bauhilfsarbeiter, und zwar wird diese Zulage vom 30. August an gezahlt. Unser Lohn beträgt somit einschließlich der Entschädigung für Handwerkszeug ℳ 2,15. Die Versammlung war mit dem Resultat der Verhandlung zufrieden. Alsdann wurde zum zweiten Punkt übergegangen. Es wurde angeregt, die „Zimmerer" austragen zu lassen. Da dies aber unsere Lokalkasse erheblich belasten würde, wurde davon abgesehen. Es wurde alsdann folgender Antrag angenommen: „Die Unterkassierer holen die „Zimmerer" vom Vorsitzenden ab und sorgen für richtige Verteilung derselben." Beim dritten Punkt hielt die Versammlung eine Erhöhung der Entschädigung sämtlicher Verbandsfunktionäre für angebracht. Ein Antrag, sämtliche Entschädigungen auf das Doppelte zu erhöhen, fand einstimmige Annahme. Nachdem gab Kamerad Gebhardt den Bericht des Vergnügungskomitees. Bei „Verbandsangelegenheiten" kam die Firma Buhlke zur Sprache. Es wurde Klage geführt, daß betreffende Firma nicht die tarifmäßigen Löhne zahlt und außerdem noch täglich 9 Stunden arbeiten läßt. Der Vorsitzende versprach in dieser Sache die notwendigen Schritte zu unternehmen. Außerdem wird dem Unternehmer Kupke, Amtitz, mitgeteilt werden, daß vom 30. August an eine Teuerungszulage von 23 ₰ die Stunde zu zahlen ist. Ferner wurde noch darauf hingewiesen, daß die Kameraden sich in jedem Streitfall oder sonstigen Angelegenheit an den Vertrauensmann des betreffenden Platzes zu wenden haben, aber daß auch, wenn einmal eine Sache durchgefochten wird, sämtliche Kameraden

geschlossen hinter demselben stehen müßten. Schließlich kamen noch unsere Stiefkinder, die Fabrikzimmerer, zur Sprache. Wenn sie so tief unter dem Tarif arbeiten, so sind sie selbst daran schuld. Es ist nämlich die Regel, daß, wenn ein Kamerad in einem Fabrikbetriebe untergekommen ist, er sofort dem Verband den Rücken kehrt. Nur ein kleiner Prozentsatz ist organisiert, die andern halten es nicht der Mühe wert, zur Versammlung zu kommen. Nur Anschluß an unsern Verband und Interesse dafür kann hierin Wandel bringen. Mit der Mahnung, sämtliche Versammlungen so gut zu besuchen wie diese, trat Schluß ein.

Hainichen i. S. Am 10. September fand im Restaurant Belz eine gemeinsame Versammlung der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter statt. Sie nahm den Bericht von den Lohnverhandlungen entgegen. Berichterstatter war Kollege Hempel. Aus dem Bericht ist hervorzuheben, daß die Unternehmer zuerst Verhandlungen abgelehnt hatten, am 3. September jedoch um Verhandlungen ersuchten. Sie haben am selben Tage im „Amtshof" in Hainichen stattgefunden. Nach zweistündiger Dauer wurde eine Einigung dahin erzielt, daß ab 29. August eine Zulage von 20 ₰ pro Stunde eintreten soll. Redner machte noch auf die Schwierigkeiten der Verhandlungen aufmerksam und meinte, daß es ganz gut sei, wenn die Kameraden einmal an solchen Verhandlungen teilnehmen könnten, damit sie erfahren, wie groß der Widerstand der Unternehmer sei, den die verhandelnden Arbeitervertreter bekämpfen müßten. Mehr denn je werde es notwendig sein, auf eine feste, geschlossene Organisation zu halten. Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf die Schmutzkonkurrenz. Hierzu führte Kamerad Knoth aus, daß der Achtstundentag vielfach dadurch mißbraucht werde, daß nach Feierabend, speziell auf den Dörfern, Scharwerksarbeit verrichtet werde, und zwar noch unter dem Tariflohn, in einzelnen Fällen bis zu ℳ 1 pro Stunde. Die Versammlung geißelte scharf diese Mißstände. Da die Unternehmer sich bereit erklärt haben, uns in deren Bekämpfung zu unterstützen, wurde beschlossen: In Zukunft wird gegen jeden Maurer oder Zimmerer, der gegen die tariflichen Vereinbarungen im obigen Sinne verstößt, in einer gemeinsamen Versammlung der Ausschluß aus der Gewerkschaft vorgenommen. Die Unternehmer haben sich verpflichtet, derartige aus den Verbänden Ausgeschlossene und Unorganisierte nicht mehr zu beschäftigen. Ferner wurde noch das Verhalten zweier Kameraden scharf kritisiert, die sich über die Organisation abfällig ausgesprochen haben und beschlossen, in Zukunft scharf gegen sie einzuschreiten. Nach einem Hinweis darauf, daß es Pflicht eines jeden Kameraden sei, die Versammlungen zu besuchen, trat Schluß ein.

Habelschwert i. Schl. Da die Arbeitgeber in der Grafschaft Glatz sich auf den Standpunkt stellten, daß das Haupttarifamt über die Höhe der Teuerungszulage entscheiden solle, unsern Kameraden aber auch bekanntgeworden war, daß die Arbeitgebervertreter vor Oktober keine Zeit hätten, vor dem Tarifamt zu verhandeln, wurde am 15. September die Arbeit eingestellt. Am zweiten Streiktage wurde unsern Kameraden mitgeteilt, daß die Unternehmer gewillt seien, für die gesamte Grafschaft zu verhandeln. Die Verhandlungen fanden am 27. September unter starker Beteiligung der Unternehmer statt. Vor Eintritt in dieselben wurde folgende Angelegenheit erledigt: In den letzten Wochen war unser Kamerad Halupczok, der im Baugeschäft Krumbach in Habelschwert arbeitete, im Beruf schwer verunglückt. Er liegt im Krankenhaus, seine Wiederherstellung dürfte noch einige Wochen dauern. Um das Unglück noch größer zu machen, hat Herr Krumbach dem Bedauerswerten seine Entlassung übersandt, trotzdem Arbeit genügend vorhanden ist. Unsere Vertreter erklärten, nicht eher zu verhandeln, bis Herr Krumbach die unrechtmäßige Entlassung zurückgenommen habe. Herr Krumbach kam dem nach und erklärte, daß H. sich nach seiner Gesundung wieder im Geschäft zur Arbeit melden könne. Die Verhandlungen über die Teuerungszulage zogen sich sehr in die Länge, doch kam eine Verständigung zustande, wonach auf den jetzigen Lohn eine Zulage von 15 ₰ gezahlt wird. Die Nachzahlung erfolgt vom 1. September. Am 1. November tritt eine weitere Zulage von 5 ₰ ein. Die Lehrlinge erhalten 10 ₰ Zulage, nachzahlbar vom 1. September, und am 1. November eine nochmalige Zulage von 5 ₰. Es wurde vereinbart, daß diejenigen Arbeitgeber, welche die Nachzahlung von früher noch nicht in Ordnung gebracht haben, dieses möglichst bald tun sollen, damit unnötige Arbeitseinstellungen vermieden werden. Eine Mitgliederversammlung am 17. September nahm zu diesem Resultat Stellung; sie war der Ansicht, daß, trotzdem wir unsere Forderung nicht voll erreicht hätten, ein Grund zum Weiterstreiken nicht mehr gegeben sei. Sie stimmte dem Ergebnis zu unter der Bedingung, daß in Oberlangenau der gleiche Lohnsatz gilt wie in Habelschwert. Die Arbeit soll am 18. September wieder aufgenommen werden. Soweit die Streikenden in ihre Heimat gereist sind, wird ihnen auf dem schnellsten Wege von der Wiederaufnahme der Arbeit Kenntnis gegeben. Die Kameraden waren sich darin einig, daß die junge Zahlstelle Habelschwert für die gesamte Grafschaft eine sehr wichtige Arbeit geleistet habe, sonst hätten wir Ende Oktober noch auf unsere Teuerungszulage warten können. Es wurden dann noch für die Baugeschäfte Lux und Krumbach je 3 Kameraden in den Arbeiterausschuß gewählt. Die Versammlung beschloß weiter, an Verwaltungskosten für den Vorstand 5 pZt. von der Gesamteinnahme zu berechnen. Soweit Unterkassierer tätig sind, erhalten diese für die umgesetzte Beitragsmarke 5 ₰. Um den Versammlungsbesuch zu heben, wurde beschlossen, die Mitgliederversammlungen jeden ersten Sonntag im Monat um 11 Uhr in den „Drei Rosen" stattfinden zu lassen. Es wird eine Versammlungsmarke eingeführt; jedes Mitglied, das mindestens die Hälfte der stattgefundenen Versammlungen besucht hat, erhält im Krankheitsfalle die Krankenmarke auf Kosten der Lokalkasse geklebt. Bei weitab wohnenden Mitgliedern entscheidet der Vorstand über die Zahl der Versammlungen. Nachdem man sich noch darüber verständigt hatte, daß in Mittelwalde eine rege Agitation einzusetzen habe, weil von jener Seite durch die niedrigen Löhne unser Tarifvertrag leicht in Frage gestellt werden könne, erfolgte Schluß der Versammlung.

Halle a. d. S. Am 13. September fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Der erste Punkt der Tagesordnung, „Stellung zu den Gewerkschaften", nahm eine längere Diskussion in Anspruch. Die Redner sprachen sich dahin aus, die Kameraden sollten sich eingehender mit dieser Frage beschäftigen und in einer kommenden Versammlung solle ein Referat über dieses Thema gehalten werden. Dem Vorschlag auf Errichtung eines Geschäftszimmers wurde von der Versammlung zugestimmt. Dann gab der Vorsitzende den halbjährlichen Geschäftsbericht bekannt. Ein Antrag, die jährliche Entschädigung des ersten Vorsitzenden zu erhöhen, wurde einstimmig angenommen. In „Verbandsangelegenheiten" wurde die Situation des Streiks in Merseburg und im Leunawerk besprochen. Die streikenden Kameraden haben sich jeden Tag von 10 bis 12 Uhr vormittags bei Stützer, Krausenstr. 4, zu melden. Es wurde beschlossen, einen Kursus für Schiftung und Treppenbau einzuführen. Kamerad Michaell erklärte sich bereit, diesen Kursus zu leiten. Die Platzdelegierten haben Anweisung, auf den Plätzen nachzufragen, wieviel Kameraden sich beteiligen wollen. Die Angelegenheit der Ueberstunden bei der Firma Bode ist erledigt. Das Abstempeln der Verbandsbücher soll in der nächsten Versammlung geregelt werden.

Hamm i. W. Unsere Versammlung am 10. August nahm nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten den Bericht des Kameraden Wirtz von der Konferenz in Essen entgegen. Anschließend wurde der Kartellbericht erstattet und die Wahl eines Kartelldelegierten vorgenommen. Unter „Verschiedenes" wurden zwei Fahnenträger und zwei Fahnenbegleiter gewählt. Nachdem noch einige Mißstände besprochen waren und der Vorsitzende allen Kameraden ans Herz gelegt hatte, nicht länger als acht Stunden zu arbeiten, trat Schluß der Versammlung ein.

Kattowitz. In einer Mitgliederversammlung am 18. September berichtete Kamerad Schwob über die Verhandlungen mit den Unternehmern. Unsere Forderung lautete auf 19 ₰ Zulage. Die Unternehmer hätten nur 10 ₰ gegeben. Um eine Einigung zu ermöglichen, ermäßigten wir unsere Forderung auf 15 ₰. Die Unternehmer versprachen, hierzu in einer Versammlung Stellung zu nehmen. Nach einer später eingegangenen Mitteilung haben sie jedoch beschlossen, nicht über 10 ₰ hinauszugehen. Die Versammlung beschloß, zunächst die 10 ₰ anzunehmen und die Differenz der Schlichtungskommission zu überweisen. Im weiteren wurde vorgebracht, daß die Verwaltung der Hüttenwerke die Teuerungszulage verweigert. Hier müsse energisch vorgegangen werden, damit endlich Ordnung geschaffen werde. Weiter wurde angeregt, in Leobschütz und Kosel einen Tarif abzuschließen. Am 18. Oktober soll im Gewerkschaftshaus unser Stiftungsfest gefeiert werden. Beteiligung aller Kameraden ist dringend erwünscht.

Ketzin. Unsere Mitgliederversammlung am 14. September war gut besucht. Sie befaßte sich zunächst mit einer Teuerungszulage und beschloß, eine solche von 20 pZt. zu fordern. Kamerad Kleßen wurde beauftragt, mit den Unternehmern zu verhandeln. Die ersten Verhandlungen haben bereits stattgefunden; sie sind aber ohne Erfolg geblieben. Hierauf wurden zwei Kameraden zu Revisoren gewählt und ein Kamerad zum Schriftführer. Zur besseren Einziehung der Beiträge wurde für Zachow und Umgegend ein Hilfskassierer gewählt, der zugleich die Agitation auf dem Lande betreiben soll. Ferner wurde beschlossen, dem Vorsitzenden ℳ 6 und dem Kassierer ℳ 12 Entschädigung zu gewähren.

Königsberg i. Pr. Am 1. September tagte im Gewerkschaftshaus unsere Mitgliederversammlung. Die Tagesordnung lautete: 1. Stellungnahme zum Abschluß des Tarifs; 2. Erledigung der in der vorigen Versammlung nicht erledigten Anträge. Kamerad Neumann teilte mit, weshalb der Tarif noch nicht unterzeichnet ist. Herr Lauffer habe in den Tarif der Bauarbeiter einen Passus eingeschoben, den diese beanstandet hätten. Die 30 ₰ Teuerungszulage, die den Zimmerern bewilligt, sind für die Bauarbeiter im Tiefbau gestrichen. Diese haben in ihrer Versammlung beschlossen, den Tarif nicht zu unterschreiben, sondern sich an das Haupttarifamt zu wenden. Neumann führte weiter aus, daß die Zimmerer nur aus Solidaritätsgefühl für die Bauarbeiter mit der Unterschrift gewartet haben bis zu ihrem Versammlungsbeschluß, daß aber kein Grund vorliegt, den Vertrag nicht zu unterschreiben, da seine Mängel beseitigt worden sind. Er fragte die Versammlung, ob der Vertrag unterschrieben oder gewartet werden solle, bis das Tarifamt die Sache entschieden hat. Mehrere Redner sprachen sich dahin aus, daß kein Grund vorläge, für die Bauarbeiter Solidarität zu üben, da sie sich während des Streiks nicht so benommen haben, wie es klassenbewußten Arbeitern geziemt. Die Versammlung beauftragte die Lohnkommission mit der Unterschrift des Vertrages. Sodann kam folgender Antrag zur Verlesung: „Sämtliche Angehörige der Reichswehr und des Grenzschutzes, welche sich bis zum heutigen Tage bei unserer Zahlstelle nicht gemeldet haben, auch diejenigen Angehörigen dieser Formationen, welche sich bereits angemeldet haben und noch Angehörige dieser Truppen sind, sind aus der Zahlstelle auszuschließen. Die Mitglieder verpflichten sich, mit diesen Leuten nicht zusammen zu arbeiten." Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Sodann verlas Neumann eine Mitteilung vom Hauptvorstand betreffs der Kameraden von der Firma Saager, welche sich während des Streiks Unregelmäßigkeiten haben zuschulden kommen lassen und von der Versammlung gerügt wurden. Gutgeheißen wurde, daß der Hauptvorstand sie aus dem Verbande ausgeschlossen hat. Ihre Namen werden im Verbandsorgan bekanntgegeben. Neumann erklärte, daß die Arbeitsstelle für die organisierten Zimmerer gesperrt sei und es sich von selbst verbiete, mit diesen Kameraden zusammen zu arbeiten. Der letzte Antrag, welcher das Abhalten eines Stiftungsfestes vorschlug, wofür sich mehrere Redner aussprachen, wurde angenommen und ein Festkomitee gewählt. Unter „Verschiedenes" machte Kamerad Oltersdorf auf den Streik der Union und von Steinfurt aufmerksam. Da die am Streik Beteiligten nur eine Unterstützung von ℳ 12 bis ℳ 14 die Woche erhalten, habe das Gewerkschaftskartell beschlossen, Sammellisten auszugeben. Redner ersuchte die Kameraden, die Streikenden ebenfalls zu unterstützen. Kamerad Neumann forderte die Vertrauensleute auf, ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen, eventuelle Neuwahlen sofort zu vollziehen und die Namen der Gewählten im Bureau zu melden.

Liegnitz. Am 27. August fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt mit der Tagesordnung: Oertliche Lohnverhandlungen im Baugewerbe. Kamerad Zobel berichtete, daß die Verhandlungen am 25. August stattgefunden haben. In langen Auseinandersetzungen wurde den Arbeitgebern klargelegt, daß eine Lohnaufbesserung unbedingt erforderlich sei und darum eine Erhöhung von 30 ₰ in Vorschlag gebracht. Die Arbeitgeber boten uns 16 ₰ pro Stunde an. In einer nochmaligen Beratung kam eine Einigung von 18 ₰ pro Stunde zustande. Der Grundlohn beträgt somit ℳ 2,03. Die Arbeitgeber forderten hierbei noch, Maßnahmen zu treffen gegen die Ausführung von Scharwerksarbeiten nach Feierabend.

— Am 17. September fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: Kartellbericht; Vortrag über das Rätesystem; Innere Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Kamerad Ulke erstattete zunächst den Kartellbericht, und zwar die Abrechnung des Kartells, die Mängel in der Gewerkschaftshausverwaltung und die Bildung eines Arbeitsamtes am Orte. Kamerad Zobel machte hierzu noch nähere Ausführungen. Zum Delegierten in die Verwaltungskommission des Gewerkschaftshauses wurde Kamerad Zobel vorgeschlagen. Kamerad Klein berichtete über eine Sitzung der Bauarbeiterschutzkommission. Hierauf erhielt Genosse Gamzig das Wort zu einem längeren Vortrag über den Aufbau des Rätesystems. Er erläuterte dabei auch die Mängel des Gesetzentwurfes über Betriebsräte und erntete lebhaften Beifall. Im Punkt „Innere Verbandsangelegenheiten" sprach Kamerad Zobel über die Kriegsgefangenen und brachte in Vorschlag, den heimkehrenden Kameraden ein Geldgeschenk zu überreichen. Die Ausgaben hierfür sollten durch Sammellisten gedeckt werden. Der Vorschlag des Vorstandes, ein Herbstvergnügen zu veranstalten, um einen Ueberschuß für die Gefangenenspende herauszuholen, wurde von der Versammlung gebilligt und durch Abstimmung festgelegt. Hierzu wurde ein Vergnügungsausschuß gewählt. Betreffs Agitation am Orte erwähnte Kamerad Zobel, daß bisher von der Zahlstellenleitung alles getan worden sei, den letzten Mann der Organisation zuzuführen. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung mit einem Hoch auf den Zentralverband.

Luboschütz i. Oberschl. Hier wird ein Kirchenbau ausgeführt. Die Betonarbeiten werden hergestellt von der Firma Kaller & Stachnik aus Beuthen, die übrigen Arbeiten vom Baumeister Buhl aus Neudorf. Obwohl ein Mangel weder an Bauarbeitern noch Zimmerern besteht, sind Ueberstunden an diesem Kirchenbau an der Tagesordnung. Auf diesen Uebelstand ist die Gewerbeinspektion bereits aufmerksam gemacht worden; sie wird hoffentlich für schnellste Abhilfe sorgen. Aber noch etwas anderes ist es, was dort arges Befremden erregt. Man mutet nämlich den am Bau Beschäftigten zu, zu den Kosten des Kirchenbaues beizutragen dadurch, daß sie allwöchentlich 10 pZt. ihres Lohnes für diesen Zweck hergeben sollen. Freitag abend ist Löhnung, sie geschieht in der Polierbude. Dabei ist auch der Gemeindevorsteher anwesend, der den Vorgang an Hand der Lohnliste genau kontrolliert. Wer sich weigert, die 10 pZt. zu blechen, hat andern Tags beim Gemeindevorsteher zu erscheinen, wo er sich zu entschließen hat, ob er den Betrag zahlen oder seine Papiere und damit seine Entlassung erhalten will. Die Seele dieses Unternehmens soll der Pfarrer sein; er soll sich sogar für eine Abgabe von 25 pZt. ausgesprochen haben. Tatsächlich sind bereits 3 Zimmerer entlassen, weil sie sich weigerten, dem gestellten Verlangen nachzukommen. Das ist ein geradezu unerhörter Vorgang, von dem gleichfalls die Gewerbeinspektion in Kenntnis gesetzt worden ist. Die Gemeinde muß veranlaßt werden, diese Art „freiwillige" Sammlung für ihren Kirchenbau sofort einzustellen und die bisher „gesammelten" Gelder zurückzuzahlen.

Minden i. W. Am 6. September fand im Lokale des Herrn Baumann unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Anwesend waren 28 Mitglieder. Den Bericht über unsere Lohnverhandlungen erstattete Kamerad Rathert. Er schilderte den Verlauf der Verhandlungen, deren Ergebnis eine Zulage von 20 ₰ pro Stunde ist, vom 4. September an. Somit ist unser Stundenlohn für Minden und Umgegend auf ℳ 2,10 festgesetzt. Kamerad Rathert wies noch darauf hin, daß es gar nicht so aussehe, ob die Zimmerer mehr Lohn haben müßten, sonst würden wohl die Versammlungen besser besucht sein. Es seien immer dieselben Mitglieder anwesend, man sollte auch die Faulen in die Versammlungen hineinbringen. Unter Kartellbericht teilte Kamerad Rathert mit, daß der Schuh- und Stiefelvorrat, der vom Kartell beschafft war, zur Neige gehe. Des weiteren wurde zur Kenntnis gebracht, daß die Partei eine eigene Druckerei gründen wolle; zu diesem Zweck sollen Sammellisten ausgegeben werden. Es wurde darauf aufmerksam gemacht, daß sich jeder daran beteiligen müsse, soviel es in seinen Kräften stehe. Unter „Verschiedenes" berichtete Kamerad Rathert, daß bei der Firma Max Schütte noch immer die vierzehntägige Lohnzahlung bestehe. Er will nochmals persönlich Rücksprache nehmen und sollte dieses nichts fruchten, müsse die Schlichtungskommission entscheiden. Bei der Firma W. Plöger soll eine Lohnaufbesserung für Rammarbeiten durchgesetzt werden; hierzu stellte Kamerad Schwier den Antrag, daß die Rammeister selbst vorstellig werden sollten. Kamerad Walke stellte den Antrag, bei der nächsten Tarifverhandlung auf Handwerkszeugentschädigung hinzuwirken, oder aber die Meister sollen dasselbe liefern. Kamerad Busse wünschte, daß die Zimmerer nächstens allein verhandeln sollen. Es wurde noch zur Sprache gebracht, daß Kamerad H. noch ℳ 56 schuldet; falls er diese Schulden nicht bald begleicht, soll er an die frische Luft befördert werden.

Neuruppin. Mit der Forderung auf eine neue Teuerungszulage befaßte sich eine Mitgliederversammlung am 22. August im Beisein des Kameraden Knüpfer. Hier wurde mitgeteilt, daß, ehe noch die Zahlstelle einen Beschluß in dieser Sache gefaßt, der Vorsitzende des Bezirksarbeitgeberbundes, Herr Furth, Brandenburg, unserm Gauleiter bereits berichtet habe, die Maurer und Zimmerer

wollten streiken, sie verlangten ℳ 2,50 Stundenlohn. Die Versammlung beschloß, eine Teuerungszulage von 70 ₰ zu fordern; sie wählte eine Lohnkommission, die die Forderung dem Vorsitzenden der Unternehmer unterbreitete. Dieser verwies sie an den Schlichtungsausschuß. Eine Versammlung am 31. August nahm den Bericht der Lohnkommission entgegen. Am 1. September fand eine Sitzung der Lohnkommission mit dem Gauleiter statt und am 2. September eine Verhandlung mit den Unternehmern. Hier bewilligten die Unternehmer 30 ₰; die Lohnkommission konnte hierzu ihre Zustimmung nicht geben, die Verhandlungen wurden abgebrochen. Einer Versammlung am 3. September wurde über das Verhandlungsergebnis berichtet. Sie beschloß, an der Forderung eines Stundenlohnes von ℳ 2,50 festzuhalten. In einer nochmaligen Verhandlung bewilligten die Unternehmer ℳ 2,30. Auch dieses Angebot wurde abgelehnt. Nun ging die Sache an den Schlichtungsausschuß. Dieser entschied dahin: Die Teuerungszulage beträgt sofort 50 ₰, mit rückwirkender Kraft für 8 Tage, und ab 15. Oktober 60 ₰, so daß der Stundenlohn dann ℳ 2,40 beträgt. Dem Schiedsspruch stimmte unsere Versammlung zu. Sie dankte auch dem Kameraden Knüpfer für sein tatkräftiges Eintreten.

Oberneukirch. Eine gemeinschaftliche Versammlung der Bauarbeiter und Zimmerer am 5. September nahm den Bericht von den Verhandlungen über die Teuerungszulage entgegen. Berichterstatter war Kamerad Melzer aus Dresden. Anschließend berichtete Kamerad Wobst über die Verhandlungen vom 2. September in Wilthen. Nach längerer Debatte kam es zur Abstimmung. Von den Zimmerern stimmten 25 für, 16 gegen die Arbeitsniederlegung. Von den Bauarbeitern 70 für und 17 dagegen. Damit war der Streik beschlossen. Erste Streikversammlung war am 6. September. Mit einer Aufforderung des Vorsitzenden zum treuen Ausharren wurde die Versammlung geschlossen.

Ohlau. Am 29. August fand unsere Mitgliederversammlung im Gasthof „Zur goldenen Sonne" statt. Der Kassierer gab die Abrechnung vom zweiten Quartal. Sie wurde für richtig befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt. Im ersten Punkt der Tagesordnung gab der Vorsitzende den mit den Unternehmern vereinbarten Lohn bekannt. Er beträgt für einen Gesellen ℳ 1,75 und 3 ₰ für Abnutzung des Werkzeuges pro Stunde. Dieser Lohn ist laut Vereinbarung der Lohnkommission mit den Unternehmern vom 25. August an zu zahlen. Die Kameraden erklärten sich damit einverstanden. Als Kolporteur wurde Kamerad Fichte gewählt. Unter „Verschiedenes" stellte Kamerad Werft die Anfrage, wie es mit der Kranzspende für verstorbene Mitglieder stehe. Hierin soll es so bleiben, wie es bisher war. Den Kartelldelegierten wurden für je eine Sitzung als Entschädigung ℳ 1,50 bewilligt. Kamerad Mohaupt forderte die Kameraden, hauptsächlich die jüngeren auf, sich nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch politisch zu organisieren und sich rege an der Agitation für die kommenden Wahlen zu beteiligen. Der Vorsitzende und Stadtverordnete gab noch einige Angelegenheiten aus der Stadtverordnetensitzung bekannt und schloß hierauf die gut besuchte Versammlung.

Oranienburg. Am 6. September fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. 2 Kameraden meldeten sich zur Neuaufnahme. Unter „Gewerkschaftliches" wurde die Teuerung eingehend erörtert. Da die Lebensmittelpreise während der letzten Monate ganz erheblich gestiegen sind, wurde einstimmig beschlossen, den Arbeitgebern Forderungen zu unterbreiten. Die Lohnkommission wurde beauftragt, bei den Arbeitgebern vorstellig zu werden; gefordert wird eine Zulage von 10 pZt. Im dritten Punkt, „Lehrlingsfragen", beschloß die Versammlung, die Lehrlinge zur nächsten Versammlung einzuladen und sie über wichtige Fragen aufzuklären. Unter „Verschiedenes" wurde beschlossen, zur nächsten Versammlung einen Referenten zu bestellen, der die Kameraden über Verbandsangelegenheiten aufklären soll. Des weiteren wurde beschlossen, die im Kriege gefallenen Kameraden durch einen Nachruf im „Zimmerer" zu ehren.

Pasewalk und Umgegend. Eine auf Drängen der in Pasewalk beschäftigten Zimmerer einberufenen Mitgliederversammlung im Verbandslokal von Wolff war überaus stark besucht. Sie befaßte sich mit den zentralen Verhandlungen für das Baugewerbe am 12. und 13. August im Reichsarbeitsministerium zu Berlin. Kamerad Rose bemerkte hierzu, daß eine wesentliche Steigerung der Lebensmittelkosten seit Abschluß des Tarifvertrages festgestellt werden könnte, und vereinbart sei, daß im Baugewerbe über Gewährung einer Teuerungszulage örtlich verhandelt werden solle. Nach kurzer Aussprache wurde beschlossen, neben dem tarifmäßigen Lohn einen Zuschlag von 20 ₰ pro Stunde zu fordern. Die Lohnkommission wurde beauftragt, am andern Tage bei den Arbeitgebern vorstellig zu werden. Aus dem Kartellbericht ging hervor, daß ein paritätischer Arbeitsnachweis für Pasewalk und die umliegenden Ortschaften eingerichtet werden soll. Es hatten sich um den Posten als Leiter des Arbeitsnachweises 34 Bewerber bemüht. Die Wahl hatte durch Magistrat und Stadtverordnete gemeinschaftlich zu erfolgen. Von Arbeitgeberseite waren aus der Reihe der 34 Bewerber Herr Rentier Flatow vorgeschlagen, wogegen das Kartell forderte, daß diese Stelle wie künftig alle ähnlichen einem Kriegsbeschädigten mit der nötigen Befähigung vorbehalten werde. Die Stadt könne den Kriegern so am besten ihren Dank abstatten. Das Kartell schlug daher einen Kriegsbeschädigten vor, der seit dem Novembersturm bei vielen Anlässen den Beweis großer Sachlichkeit und Unparteilichkeit erbracht hat. Zum Schluß wies Kamerad Witt darauf hin, daß die Kameraden aus Viereck, Dargitz und Belling verlangten, unsere Mitgliederversammlung von jetzt an nicht mehr Sonntags, sondern Sonnabends nach Schluß der Arbeit stattfinden zu lassen, worauf Kamerad Frahnke erwiderte, daß wir unsere Versammlungen zu Sonntags nachmittags 3 Uhr angesetzt haben; falls sie dann keine Zeit hätten, würden sie auch Sonnabends nach Feierabend nicht an den Versammlungen teilnehmen. Anwesend waren 21 Kameraden.

Remscheid. „Kartellbericht und Verschiedenes", so lautete die Tagesordnung unserer Mitgliederversammlung am 7. September. Unter „Kartellbericht" kamen das Verhalten der Delegierten und die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses zur Sprache. Ferner gab das Verhalten einiger Genossen im städtischen Lebensmittelamt Anlaß zur Kritik. Im Punkt „Verschiedenes" wurde dringend ermahnt, den Achtstundentag hochzuhalten, und scharf getadelt, daß einige Firmen wie auch einige unserer Kameraden dagegen verstoßen. Auch wurde der neue Lohntarif erwähnt, dessen Errungenschaften allein den hiesigen Kameraden zu danken sind.

Saarbrücken. (Hilfszahlstelle Neunkirchen-Saar.) Von 62 Zimmerern und 2 Lehrlingen des Neunkirchener Eisenwerks, Gebr. Stumm, die bisher im Holzarbeiterverband (H.-D.) organisiert waren, sind am 1. August 1919 59 Zimmerer und 2 Lehrlinge zum Zentralverband der Zimmerer übergetreten, so daß unsere Hilfszahlstelle Neunkirchen-Saar auf über 100 Mitglieder angewachsen ist. Auch hat der Führer der Zimmerer der Saarlande, Kamerad Detjen, dieselben in den Tarifverhandlungen der Groß-Eisenindustrie in Saarbrücken, die demnächst ihren Abschluß finden sollen, bereits vertreten. Hoffentlich folgen die drei noch fehlenden Kameraden, darunter der Vorsitzende und der Kassenführer des Holzarbeiterverbandes (H.-D.) der großen Masse, damit wir sie baldigst in unsern Reihen begrüßen dürfen und die Zimmerer der Saarlande einen kräftigen Block bilden können.

— In einer Versammlung am 25. September wurden als Delegierte für die engeren Beratungen in Saarbrücken 4 Kameraden gewählt, und zwar Krause, Sommer, Metzger und Fuhr. Zu Platzdelegierten wurden bestimmt für Platz Trapp Lutz, Emmerich Paulus, Sperling Sommer, Spies Schwingel und Hoffmann Güldenbecher. Akkordarbeit wurde einstimmig abgelehnt. Einige Behauptungen der christlichen Gewerkschaften wurden als Hetzereien zurückgewiesen; auch die Behauptungen der Führer der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, daß unser Kamerad Detjen an den Tarifverhanlungen in der Großeisenindustrie nicht teilnehmen dürfe, wurden widerlegt; sie sollen nur Uneinigkeit in unsere Reihen tragen, denn die Hirsch-Duncker können es nicht verschmerzen, daß sie mit einem Schlage 60 Mitglieder verloren haben. Das Ortskartell der freien Gewerkschaften, dem auch wir angeschlossen sind, plant einen Rednerkursus; die Kameraden wurden ersucht, sich daran rege zu beteiligen. Teilnehmer sollen sich zur nächsten Versammlung melden. Die Frage der Vergütung für Fahrten nach auswärts im Interesse des Verbandes soll in der nächsten Delegiertenversammlung in Saarbrücken geregelt werden, bis dahin gelten die statutarisch niedergelegten Sätze. Nach der Genehmigung der französischen Militärbehörde finden bis Weihnachten unsere Versammlungen alle 14 Tage Donnerstag, abends 7 Uhr, statt, die Vorstandssitzungen jeweils eine Stunde vor der Versammlung. Die Entlassung von 2 alten Zimmerern, die bereits 34 Jahre bei der Firma Trapp beschäftigt und ihre Entlassung erhalten haben, nachdem sie unserer Organisation beigetreten sind, wurde einstimmig als Maßregelung anerkannt, da Arbeitsmangel nicht vorliegt, die Firma hingegen noch 5 Bauten ausführt, außer der Notstandsarbeit. Mit der Angelegenheit wird sich die nächste Versammlung beschäftigen.

Seeheim a. d. Bergstraße. Am 18. September waren sämtliche Maurer- und Zimmermeister der oberen Bergstraße nach Alsbach geladen; sie waren der Einladung gefolgt. Kameraden aus Bensheim, Seeheim und Zwingenberg nahmen an den Verhandlungen teil. Gauleiter Ege legte den Anwesenden dar, daß auf Grund des Reichstarifvertrages, des am 23. April 1919 in Frankfurt a. M. abgeschlossenen Bezirksvertrages und der vereinbarten Teuerungszulagen ab 1. September 1919 der Stundenlohn nach Lohngruppe II mit ℳ 2,15 zu zahlen sei. Wenn auch die Unternehmer nur lose organisiert und nicht dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe angehörten, so sei doch auf Grund der Verordnung vom 23. Dezember 1918 über Tarifverträge der Frankfurter Bezirksvertrag maßgebend. Die Unternehmer erkannten auch alle Bestimmungen des Vertrages an, wollen aber nach Lohngruppe III mit ℳ 1,90 Stundenlohn davonkommen. Darmstadt gehört zu Lohngruppe I, die nächstliegende Kreisstadt Bensheim zu Lohngruppe II, die dazwischen liegenden Orte können mithin nicht in Gruppe III eingereiht werden. Eine Einigung konnte nicht erzielt, es soll der Schlichtungsausschuß in Darmstadt angerufen werden. An der Lauheit der Kameraden der oberen Bergstraße liegt es, daß die Unternehmer die Lohngruppe III zahlen wollen.

Stettin. Am 9. September fand bei Liptow unsere Mitgliederversammlung statt; sie hatte sich mit dem Abschluß des Tarifvertrages zu beschäftigen. Kamerad Michaelis berichtete von der letzten Sitzung der Lohnkommission mit den Arbeitgebern. Verhandelt wurde über den Geltungsbereich sowie über Fahrgeld und Auslösung. Nach längerer Aussprache ist erreicht worden, daß für die Vororte Altdamm, Podejuch, Finkenwalde, Reiherwerderhafen, Cavelwisch und Pölitz ein Zuschlag von ℳ 1,50 und Fahrgeld gezahlt wird. Für Gotzlow, Kreckow, Scheune und Elektrizitätswerk soll ℳ 1 gezahlt werden. Die letzteren Stationen sollen die Tarifgrenze bilden. Da für die Außenbezirke eine Auslösung bis jetzt nur der freien Vereinbarung unterlag, bezeichnete der Redner die getroffene Regelung als ein Zugeständnis der Arbeitgeber. Es sei für uns ein Vorteil, wenn es im Tarifvertrag festgelegt werde. Des weiteren hatten die Arbeitgeber beantragt, daß Scharwerksarbeiten nach Feierabend von den Gesellen nicht ausgeführt werden dürfen. Dem Antrage habe die Kommission ohne weiteres zugestimmt. Es liege im Interesse der Mitglieder, daß der Achtstundentag auf diese Weise von einzelnen Kameraden nicht gemißbraucht werde. Die Arbeitgeber sollen ermächtigt sein, in vorkommenden Fällen die Gesellen ohne weiteres zu entlassen. Ferner ist für die Behandlung von Streitigkeiten ein Tarifamt mit dem Sitz in Stettin errichtet. Zum unparteiischen Vorsitzenden hatte unsere Kommission Herrn Gewerberat Meyer vorgeschlagen. Die Arbeitgeber haben ihn abgelehnt und ihrerseits Herrn Billing vorgeschlagen. Da letzterer aber beim damaligen Schiedsspruch sich für uns als durchaus ungeeignet erwiesen hat, wurde er von unsern Vertretern abgelehnt. Es wurde der jeweilige Regierungspräsident dazu gewählt. Der Redner schilderte die Vorteile des Tarifvertrages und empfahl, ihn zum Abschluß zu bringen. In der Diskussion wurden noch Aenderungen vorgenommen. Es sollen für Frauendorf ebenfalls ℳ 1 Auslösung sowie Fahrgeld verlangt werden. Für Kreckow soll das Wort „Dorf Kreckow" gestrichen werden. Die Lohnauszahlung soll Sonnabends während der Arbeitszeit stattfinden. Die auf kleine Arbeit befindlichen Kameraden sollen den Lohn während der Arbeitszeit vom Bureau abholen. Mehrere Redner kritisierten, daß auf mehreren Plätzen und Baustellen die Unterkunftsräume mangelhaft seien und teilweise gänzlich fehlen. Es soll wiederum eine Kontrolle vorgenommen werden, um die Mißstände zur Abhilfe zu bringen. Nach Regelung der noch strittigen Punkte soll die Lohnkommission den Tarifvertrag unterzeichnen. Unter Punkt „Innere Verbandsangelegenheiten" gab Kamerad F. Heß bekannt, daß der Kamerad G. Vormelker zusammen mit Arbeitern nach Feierabend in der Baumstraße größere Arbeiten ausführe. Dieses wurde von der Versammlung scharf verurteilt. Kamerad Struck kritisierte scharf die Zwangsbewirtschaftung der Lebensmittel. Er vertritt den Standpunkt, daß wir beim freien Handel unbedingt mehr erhalten würden. Mehrere Redner traten dem entgegen und betrachteten die Zwangswirtschaft als das kleinere Uebel. Eine Anfrage, wie weit die Vorarbeiten der Kommission in Sachen des anzustellenden Lokalbeamten gediehen seien, wurde von Kamerad Michaelis beantwortet. Er empfahl, erst die Abrechnung vom 3. Quartal abzuwarten, um das Ergebnis als Grundlage zu bewerten. Kamerad Goß beantragte, für die im Felde gefallenen Kameraden eine Widmung zu stiften. Der Vorstand soll hierzu die Photographien beschaffen und eventuell ein Gruppenbild zusammenstellen. Dasselbe soll im Bureau zur Erinnerung aufgestellt werden. Alsdann teilten mehrere Kameraden mit, daß sie persönlich sowie auch unsere Organisation von angeblich Lokalorganisierten auf der Straße sowie auf etlichen Arbeitsstellen angeekelt würden. Infolge dieses Verhaltens haben sie das Zusammenarbeiten mit den betreffenden Personen eingestellt. Mehrere Kameraden sind der Ansicht, daß es für uns ein Zusammenarbeiten mit diesen Leuten überhaupt nicht geben dürfe. Zum Schluß wurde die Veranstaltung eines Herbstvergnügens beschlossen.

Treptow a. d. Rega. In unserer Mitgliederversammlung im August wurde zuerst die Abrechnung vom Vergnügen erstattet. Ein Ueberschuß von ℳ 60 wurde der Lokalkasse überwiesen. Dann sprach Kamerad Neumann, Stettin, über unsere Organisation und die Beschlüsse der 21. Generalversammlung. Unter „Verschiedenes" wurden örtliche Angelegenheiten besprochen und der Beschluß gefaßt, daß Mitglieder, die zweimal nacheinander die Versammlung nicht besuchen, eine Strafe von 50 ₰ zu zahlen haben.

— Unsere Mitgliederversammlung am 6. September befaßte sich mit unserm Lohntarif. Infolge Steigerung der Lebensmittelpreise wurde eine Lohnerhöhung für notwendig bezeichnet. Die Forderung soll auf ℳ 2 Stundenlohn, 40 ₰ Teuerungszulage und 25 ₰ Geschirrgeld pro Tag lauten. Unser Herbstvergnügen soll am 21. September stattfinden. Zur nächsten Versammlung sollen auch die Lehrlinge herangezogen werden.

Wesselburen. Nachdem alle Kameraden aus dem Felde zurückgekehrt waren, wurde verschiedentlich Stellung genommen zur Wiedererrichtung unserer während des Krieges eingegangenen Zahlstelle. In den ersten Versammlungen war absolut keine Stimmung dafür vorhanden. Am 25. April kam es jedoch nach abermaliger Versammlung unter Leitung des früheren Vorsitzenden, der immer und immer wieder auf die Notwendigkeit der Organisation hingewiesen hatte, zu einer Einigung, und die Zahlstelle nahm ihre Tätigkeit wieder auf. Zum ersten Vorsitzenden wurde der frühere Vorsitzende, Kamerad Gust. Wiekhorst, wiedergewählt, zum Kassierer wurde Kamerad Rudolf Zacharias, zum Schriftführer Kamerad Peter Uhl und zu Revisoren wurden die Kameraden Thorns und Netsch gewählt. Um nun die alten Rechte an den Verband nicht zu verlieren, erklärten sich 5 Kameraden bereit, die Beiträge nachzuzahlen, die übrigen Kameraden wurden neu aufgenommen. Bevor die Zahlstelle ihre Tätigkeit aufgenommen hatte, war schon im Februar dieses Jahres ein Lohntarif mit den Unternehmern abgeschlossen worden mit einem Stundenlohn von ℳ 1,50 unter Einführung des Achtstundentages. Nachdem aber die Organisation wieder festen Fuß gefaßt hatte und der Lebensunterhalt immer teurer wurde, wurde abermals zur Lohnfrage Stellung genommen und beschlossen, mit den Unternehmern in Verhandlungen zu treten. Wir luden die Unternehmer zu einer Sitzung am 19. Mai nach dem „Deutschen Hof" ein. Am 15. Mai erschien unser Gauleiter Albert Holst; er legte noch einmal in einer gut besuchten Versammlung Zweck und Ziele der Organisation dar und empfahl zu der am 19. Mai stattfindenden Verhandlung, strengstes Festhalten an unserer Forderung. Am 19. Mai, abends 8 Uhr, begann die Sitzung mit den Unternehmern. Obgleich wir anfangs auf ziemlich starken Widerstand stießen, wurde nach längerer Aussprache folgender Lohntarif abgeschlossen. Der Lohn beträgt vom 19. Mai bis zum 30. Juni ℳ 1,70, vom 1. Juli bis zum 31. März 1920 ℳ 2 pro Stunde bis zu 3 km außerhalb der Stadt (von der Kirche an gerechnet), von 3 bis 5 km 10 ₰ und von 5 bis 6 km 20 ₰ Aufschlag pro Stunde. Die im Reichstarif festgelegte Arbeitsordnung usw. wird am 20. September zum Abschluß gebracht werden. Gleichzeitig wird eine Besprechung mit den Unternehmern stattfinden über die augenblickliche wirtschaftliche Lage. Hoffen wir, daß etwas Positives erreicht wird. Organisiert sind sämtliche Zimmerer bis auf einen, mit Namen Heinrich Aschinger, der nicht für die Organisation zu gewinnen ist. Nicht allein, daß er sich der Organisation fernhält, überschreitet er auch mit Vorliebe den Achtstundentag. Leider können wir mit ihm nichts anfangen, da er nur als einziger Zimmerer bei einem kleinen Meister arbeitet. Aber die Stunde wird kommen, in der wir auch mit diesem sauberen Kameraden abrechnen können.

Wohlau i. Schl. Unsere Mitgliederversammlung am 15. September beschäftigte sich mit dem am 6. September begonnenen Streik. Der Gauleiter führte hierzu aus, daß die Zahlstelle Wohlau schon dreimal gegründet worden und ebensoviel Male der Auflösung verfallen sei, weil der allgewaltige Herr Heinrich Lindner es verstanden habe, unsere Kameraden immer wieder auseinanderzutreiben. Die

Folge hiervon waren völlig unzulängliche Löhne, so daß bei Ausbruch des Streiks ein Stundenlohn von M. 1,25 gezahlt wurde. Die Langmut unserer Kameraden hatte doch endlich eine Grenze; Poliere und Gesellen stellten einmütig am 6. September die Arbeit ein. Gewerbeinspektor, Schlichtungsausschuß, Bürgermeister, sie alle hatten eine gütliche Regelung herbeizuführen versucht; es nützte jedoch nichts, Herr Lindner blieb unzugänglich, so daß unsere Kameraden zum letzten Mittel greifen mußten. Nach achttägigem Streik erklärten sich die Unternehmer zu Verhandlungen bereit. Sie fanden am 15. September im Streikbureau statt und gestalteten sich ziemlich schwierig. Die Streikenden forderten eine Lohnregelung, die den andern Orten nahekommt und einen Vertrag auf der Grundlage des Reichstarifvertrages. Es kam zu einer Verständigung, wonach der Stundenlohn auf M. 1,62 festgesetzt und eine Werkzeugzulage von 3 ₰ die Stunde gezahlt wird. Nachzahlung erfolgt vom 1. September an. Die Poliere erhalten 35 ₰ über den Gesellenlohn. Nach langer Debatte beschloß die Versammlung, einstimmig das Verhandlungsergebnis anzunehmen und die Arbeit am 16. September geschlossen wieder aufzunehmen. Eine längere Aussprache entspann sich noch darüber, ob die achtstündige Arbeitszeit sofort einzuführen sei, da die Maurer 9 Stunden arbeiten. Die Versammlung beschloß, nur 8 Stunden zu arbeiten, wie es der Tarifvertrag vorsieht. Arbeitsanfang ist um 6 Uhr morgens bei anderthalbstündiger Mittagspause. Beschlossen wurde noch, unsern Verbandsbeitrag auf 110/40 festzusetzen. Der Gauleiter forderte die Kameraden auf, den Verbandsbestrebungen treu zu bleiben und gemeinsam dahin zu wirken, daß auch die Umgegend Dyrenfurt, Winzig, Herrnstadt usw. dem Verbande zugeführt werde, was im Interesse weiteren Fortschritts unbedingt notwendig sei. Nachdem noch der Kassierer über die Beitragszahlung gesprochen hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

Baugewerbliches.

Anstellung von Baukontrolleuren in Chemnitz. Rat und Stadtverordnete in Chemnitz haben die Anstellung von zwei Baukontrolleuren beschlossen. Sie werden durch den Rat aus Vorschlagslisten der Bauarbeiterschutzkommission auf ein Jahr gewählt. Nach Ablauf des Jahres findet nach Rücksprache mit der Bauarbeiterschutzkommission eine Neuwahl statt. Das Rückberufungsrecht durch die Bauarbeiterschutzkommission ist insofern gesichert, als Kontrolleure, die sich zur Ausübung ihres Amtes als unfähig erweisen oder die das Vertrauen der Bauarbeiterschutzkommission nicht mehr besitzen, unter Einhaltung einer vierzehntägigen Kündigungsfrist jederzeit entlassen werden können. Für später, wenn die Bautätigkeit größeren Umfang annehmen sollte, ist laut Beschluß des Baupolizeiausschusses die Anstellung weiterer Kontrolleure vorgesehen. Die zunächst geschaffenen zwei Posten werden von einem Zimmerer und einem Stukkateur besetzt. — Mit diesem Beschluß des Rates und der Stadtverordneten von Chemnitz wird zum ersten Male in Sachsen eine Forderung erfüllt, die von den Bauarbeitern seit vielen Jahren erhoben worden ist. Hoffentlich folgen andere Städte in Sachsen und im ganzen Reiche bald nach.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Der Deutsche Bauarbeiterverband zählte am 15. September dieses Jahres 398 583 Mitglieder. Verglichen mit dem Bestand von 1913 haben 13 Bezirke eine Mitgliederzunahme von 0,3 pZt. (Bezirk Erfurt) bis 95 pZt. (Bezirk Stuttgart). 7 Bezirke haben gegenüber 1913 eine Mitgliederabnahme von 2,7 pZt. (Bezirke Bremen und Stettin) bis 20,8 pZt. (Bezirk Rostock). Im Gesamtverbande beträgt die Mitgliederzunahme seit 1913 bis 1. Juli 1919 9,6 pZt. Das Verbandsvermögen betrug am 15. September dieses Jahres M. 14 314 886, es hat seit dem 15. September 1918 um M. 1 845 037 abgenommen.

Der Verband der Maler, Lackierer usw. hat gegenwärtig annähernd 45 000 Mitglieder. Der Friedensbestand ist überschritten.

Der Zentralverein der Bildhauer ist nach einem Beschluß seiner letzten Generalversammlung mit dem 1. Oktober zum Deutschen Holzarbeiterverband übergetreten. Er zählte zuletzt in 66 Zahlstellen 3353 Mitglieder. Bis 1. Dezember dieses Jahres müssen die Mitglieder ihren Uebertritt vollzogen haben. Wer das bis dahin nicht getan hat, wird als Neuaufzunehmender behandelt. Die „Bildhauerzeitung" stellt ihr Erscheinen ein.

Der Dachdeckerverband hat seinen Friedensbestand an Mitgliedern wieder erreicht. Ueber 80 pZt. der Dachdecker sind organisiert.

Gewerkschaftsbewegung in Belgien. Im Bezirk Brüssel ist die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder, die 1914 19 100 und Ende 1918 34 231 betrug, bis Ende Juni auf 56 236 gestiegen.

Italienischer Bauarbeiterverband. Die größte gewerkschaftliche Organisation Italiens ist der Bauarbeiterverband. Seinen höchsten Bestand vor dem Kriege hatte er im Jahre 1907 mit 45 000 Mitgliedern; unmittelbar vor dem Kriege waren nur noch 36 000 Mitglieder vorhanden. Jetzt ist die Zahl auf 120 000 gestiegen.

Gewerbegerichtliches.

Von einer sehr schwierigen Lohnklage in Bochum wird uns berichtet: Der Zimmerer Distelkampf wurde von September 1917 bis April 1919 von der Firma Knüwer in Bochum als Vorarbeiter beschäftigt. Er war längere Zeit in Bochum und später vorübergehend auf einer Baustelle in Arnsberg tätig. Als Lohn erhielt er pro Stunde M. 1,90, also den üblichen Stundenlohn von M. 1,60 und 30 ₰ pro Stunde Zulage als Vorarbeiter. Am 4. März 1919 wurde der Stundenlohn für Zimmerer mit rückwirkender Kraft vom 24. Februar auf M. 2 erhöht. Distelkampf erfuhr zuerst nichts von dieser Lohnerhöhung; als er später Forderung auf Nachzahlung stellte, wurde die Angelegenheit auf die lange Bank geschoben. Der Vorsitzende sowie der Kassierer unserer Zahlstelle Bochum wurden nacheinander bei Herrn Knüwer vorstellig, um die Sache im guten beizulegen. Distelkampf wandte sich auch noch telegraphisch an Knüwer mit der Bitte um Nachzahlung. Da aber alles nichts fruchtete, löste er das Arbeitsverhältnis und beauftragte den Kameraden Schäfer mit seiner Vertretung vor dem Gewerbegericht. Der erste Termin fand im Mai statt. Beklagter machte geltend, daß die Lohnerhöhung nur für das engere Industriegebiet in Frage komme, Kläger deshalb abgewiesen werden müsse. Auch der Westdeutsche Arbeitgeberbund hatte ein Gutachten eingeschickt, wonach der Kläger abzuweisen sei. Der Vertreter des Klägers widersprach dieser Ansicht energisch und verlangte für Distelkampf den Stundenlohn des Vertragsgebiets Bochum. Gegen die Zahl der verlangten Stunden, 360, wurde seitens des Beklagten Einwendung nicht erhoben. Der Richter war ohne Beisitzer; da es sich um eine Prinzipienfrage handelte, wollte er das Urteil nicht allein fällen. Der zweite Termin sollte einige Wochen später stattfinden, mußte aber vertagt werden, da ein Bruder des Herrn Knüwer erschien und erklärte, sein Bruder sei verhindert, und er selbst sei nicht informiert. Der dritte Termin fand am 25. Juli statt. Der Beklagte behauptete zunächst, daß der Vertrag nur für Zimmerer und nicht für Vorarbeiter abgeschlossen sei. Der Vertreter des Klägers wies darauf hin, daß der Lohn für Postengesellen, Hilfspoliere usw. automatisch mit den Gesellenlöhnen steige. Weiter behauptete Beklagter, er bezahle schon viel mehr als nötig sei, da er doch pro Woche M. 28 extra zahle. Vom Vertreter des Klägers wurde darauf aufmerksam gemacht, daß auch in diesem Falle Beklagter seine Pflicht nicht ganz erfülle. Der Vertrag sehe freie Station vor, und die Aufwendungen hierfür betrügen wöchentlich M. 42 und nicht nur M. 28. Weiter behauptete Beklagter noch, Distelkampf sei nicht als Vorarbeiter beschäftigt gewesen, mithin könne er, Beklagter, die gezahlten 30 ₰ pro Stunde in Anrechnung bringen. Der Richter verlangte nun vom Vertreter des Klägers den Nachweis, daß Distelkampf auch wirklich als Vorarbeiter beschäftigt gewesen sei. Der Vertreter wies darauf hin, das Beklagter am Anfang des Termins selbst behauptet habe, Distelkampf sei Vorarbeiter gewesen; das sei doch Beweis genug. Auf die Frage des Richters an den Beklagten, wofür er die 30 ₰ pro Stunde denn eigentlich gezahlt habe, erwidert dieser, für's Lohnlisten schreiben. Das Gericht beschließt hierauf: Der Kläger fällt unter das Lohngebiet Bochum. Die Zulage von 30 ₰ pro Stunde ist dem Kläger als Vorarbeiter ausgezahlt worden. Dem Kläger wird seine Forderung von 360 Stunden à 40 ₰ Nachzahlung zugesprochen. Die Kosten trägt Beklagter. Herr Knüwer will nun Berufung beim Landgericht einlegen, so daß der Prozeß noch nicht beendet ist. Ueber seinen Ausgang werden wir berichten. Einige Verwunderung hat das Gutachten des Westdeutschen Arbeitgeberbundes erregt. Aber auch die Fixigkeit des Gewerbegerichts Bochum wird hier ins rechte Licht gerückt. Die Zusendung des Urteils dauerte vom 25. Juli, dem Tage der Urteilsfällung, bis zum 24. September, also volle 8 Wochen. Trotzdem der Vertreter des Klägers persönlich und auch schriftlich gegen die Verzögerung Einspruch erhob, war besagtes Urteil nicht früher zu erlangen. Das Gewerbegericht soll schnell und billig Recht sprechen. Darum schnell mit den Urteilen heraus! Ist das Gericht überlastet, so sorge man für Abhilfe! An unsere Gewerkschafter aber richten wir die Aufforderung: Laßt Eure Lohnforderungen nicht zu lange hängen, ihr erschwert dadurch nur ihre Beitreibung!

Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege.

Kriegsgefangene, wahret Eure Rechte! Nach Ausbruch des Krieges hat nur ein kleiner Teil der Kriegsteilnehmer von dem Rechte, die freiwillige Mitgliedschaft bei der Krankenkasse aufrechtzuerhalten, Gebrauch gemacht. Da nun jetzt unsere Kriegsgefangenen heimbefördert werden, so wollen wir darauf aufmerksam machen, daß sie nach dem Notgesetz vom 4. August 1914 und im Anschluß daran erlassener Bundesratsverordnungen vom 28. Januar 1915 und 16. November 1916 das Recht haben, binnen 6 Wochen nach der Rückkehr in die Heimat derjenigen Krankenkasse, der sie bei der Einberufung zum Heere angehört haben, in einer beliebigen Lohnstufe als freiwilliges Mitglied wieder beizutreten. Der Wiedereintritt in die Krankenkasse darf den entlassenen Kriegsteilnehmern, wozu auch die Kriegsgefangenen zählen, selbst dann nicht verwehrt werden, wenn sie teilweise oder gar gänzlich erwerbsunfähig sind. Die Aufnahme etwa von der Beibringung eines ärztlichen Attestes abhängig zu machen, ist also nicht zulässig. Die Krankenkassen müssen jetzt jeden kranken oder verwundeten Kriegsteilnehmer innerhalb 6 Wochen nach der Rückkehr in die Heimat aufnehmen und ihn im Bedarfsfalle unterstützen. Dies ist eine große Vergünstigung für die zur Entlassung gekommenen Kriegsteilnehmer, namentlich auch für die jetzt heimbeförderten Kriegsgefangenen. Sofern sich darunter Kranke oder Verwundete befinden, sei auf nachstehende Entscheidung des Reichsversicherungsamts vom 5. März 1919 besonders hingewiesen:

Der Kriegsteilnehmer F. in Hamburg war seit Jahren Pflichtmitglied der Ortskrankenkasse für kaufmännische Geschäfte dortselbst, als er im Februar 1915 zum Heeresdienst einberufen wurde. Am 7. August 1916 erlitt F. eine Verwundung am Rücken, kam am 6. September 1916 in ein Hamburger Krankenhaus und wurde am 1. Oktober 1917 aus dem Heeresdienst entlassen. Am 9. Oktober 1917 beantragte er dann auf Grund der Verordnung vom 16. November 1916 seine Weiterversicherung bei der genannten Krankenkasse, und da er immer noch erwerbsunfähig, ja sogar hilflos war, begehrte er auch sofort von dem Wiedereintritt in die Kasse an die satzungsgemäße Unterstützung. Der Zustand des F. war ein derartiger, daß er auf einem Wasserkissen lag, ständig ärztlicher Kontrolle und dauernd eines Wärters bedurfte. Eine Besserung war gänzlich ausgeschlossen. Am 31. Januar 1918 erlag er seinem schweren Leiden.

Auf erhobene Klage verurteilte das Versicherungsamt Hamburg die Kasse zur Zahlung des Sterbegeldes, der Anspruch auf Krankengeld wurde jedoch abgewiesen. Nach eingereichter Berufung verurteilte das Oberversicherungsamt Hamburg die Kasse auch noch zur Zahlung von M. 358,40 Krankengeld. Die von der Kasse eingereichte Revision wies das Reichsversicherungsamt dann unterm 5. März 1919 zurück. Aus der Begründung sei unter anderm folgendes hervorgehoben:

„Die Beklagte vertritt den Standpunkt, bei der dauernden vollkommenen Erwerbsunfähigkeit des F. könne von einer „Rückkehr in die Heimat" im Sinne des § 3 des Gesetzes vom 4. August 1914 nicht die Rede sein, weil dabei davon ausgegangen werden müsse, daß eine Erwerbstätigkeit wenigstens im gewissen Umfange wieder aufgenommen werden könne. Es wäre aber gekünstelt und würde nicht verstanden werden, wenn man in einem solchen Falle die „Rückkehr in die Heimat" nur deshalb verneinen wollte, weil der Kriegsteilnehmer durch schwere Verwundung an der Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit verhindert ist. Wenn auch der Wiedereintritt solcher schwerkranken, ja hilflosen entlassenen Kriegsteilnehmer für die Krankenkassen eine erhebliche Härte bedeutet, so können die Spruchbehörden jedoch hier keine Abhilfe schaffen. Vielmehr müsse es der Entschließung der hierfür zuständigen Organe des Reiches überlassen bleiben, ob und inwieweit den Krankenkassen, die durch die Folgen des Krieges an sich schon in schwere Bedrängnis gekommen sind, durch außerordentliche Maßnahmen zu helfen sei."

Bei der herrschenden Arbeitslosigkeit ist es gar nicht abzusehen, wann die entlassenen Kriegsgefangenen in Arbeit treten können. Deshalb ist der Wiedereintritt in die Krankenkasse für sie von großem Wert. Namentlich aber trifft dies für kranke und erwerbsunfähige Kriegsgefangene zu, die sofort nach dem Eintritt in die Kasse schon unterstützungsberechtigt werden. Mögen sie nun in ihrem eigenen und im Interesse der Familie sofort nach ihrer Rückkehr in die Heimat von dem Rechte des Wiedereintritts in ihre frühere Krankenkasse Gebrauch machen.

mg.

Versammlungsanzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden so kurz wie möglich gefaßte Versammlungsanzeigen unentgeltlich aufgenommen.)

Sonntag, den 12. Oktober:

Strehlen i. Schl.: Nachm. 3 Uhr bei Fr. Knoll.

Dienstag, den 14. Oktober:

Herford: Gleich nach Feierabend bei Büchner, Brüderstraße 36. — **Kiel:** Abends 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Potsdam:** Abends 8 Uhr im Lokal von Hausmann. — **Ulm:** Abends 7 Uhr im „Hohentwiel". — **Werdau:** Nachm. 4½ Uhr in der „Feuerkugel".

Mittwoch, den 15. Oktober:

Glogau: Eine halbe Stunde nach Feierabend, Kirchstr. 1. — **Wesel:** Abends 5½ Uhr bei Rolfing, Baustraße.

Donnerstag, den 16. Oktober:

Burghausen a. d. Salzach: Abends 7 Uhr im Gasthof „Zum Salzburger Hof". — **Friedrichshagen:** Bei Witwe Lerche, Rundteil. — **Lissa i. P.:** Abends 6½ Uhr in Hernels Restaurant, „Neuer Ring".

Sonnabend, den 18. Oktober:

Berlinchen: Abends 7½ Uhr im „Neuen Schützenhaus". **Bochum:** Abends 6½ Uhr bei Heinr. Krengel, Moltkemarkt. — **Braunschweig:** Abends 7½ Uhr in der „Handelsbörse", Südklint 8. — **Coswig:** Im Volkshaus. — **Gelsenkirchen:** Abends 8 Uhr bei Eckermann, Ottilienstraße. — **Hamm, Bezirk Ahlen:** Abends 7½ Uhr. — **Ortelsburg:** Beim Kaufmann Ed. Lippka, Passenheimer Straße.

Sonntag, den 19. Oktober:

Eberswalde. — **Essen:** Vorm. 10 Uhr im Lokale „Stadt Elberfeld", Ecke Steeler Straße und Postallee. — **Hagen i. Westf.:** Vorm. 9½ Uhr bei H. Marpe, Cölner Straße 3. — **Höhenmölsen:** Nachm. 3 Uhr bei Rupsch, Weißenfelser Straße 17. — **Lützen:** Nachm. 3 Uhr bei Kade, „Bayerischer Hof". — **Mühlberg a. d. E.:** Nachm. 3 Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Neuhaldensleben:** Nachm. 3 Uhr bei Herzog. — **Steinach i. S.-M.:** Nachm. 3 Uhr bei Ottomar Molwitz.

Anzeigen.

[M. 6]

Nachruf.

Am 3. Oktober 1918 ist unser hoffnungsvoller Sohn, Bruder und Schwager, der Gefreite (Zimmerer)

Willy Beierlein

Infanterie-Regiment 409, 3. Bataillon, 11. Kompagnie, im blühenden Alter von 21½ Jahren bei Orfeuil (Reims) dem mordenden Kriege zum Opfer gefallen.

Hamburg, Röhrendamm 181, und **Breslau**.

In tiefer Trauer

Seine schwergetroffenen Eltern.

Reinhold Beierlein (Zimmerer) nebst **Frau Emma**, geb. **Quiel**.

Frieda, Paula und **Arnold** als Geschwister.

Die Herberge der fremden Zimmergesellen

zu **Stuttgart** befindet sich ab **1. Oktober** [M. 1,80]

Leonhardsplatz 12, „Zur Stadt Böblingen".

Die fremden Zimmergesellen zu Stuttgart.

Verleger: Fr. Schrader. Verantwortlicher Redakteur: August Bringmann. Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.